

Veröffentlichungen der Abteilung *Sozialstruktur und Sozialberichterstattung* des
Forschungsschwerpunktes *Sozialer Wandel, Institutionen und Vermittlungsprozesse* des
Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung

FS III 99 - 412

Über die materielle zur inneren Einheit?

Wohstandslagen und subjektives Wohlbefinden
in Ost- und Westdeutschland

Jan Delhey
Petra Böhnke

Dezember 1999

Abteilung „Sozialstruktur und
Sozialberichterstattung“
im Forschungsschwerpunkt III

Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB)
• Reichpietschufer 50 • D - 10785 Berlin
Telefon 030 - 25 491 - 0

Abstract

In diesem Arbeitspapier wird die Verbindung zwischen individuellen Lebensbedingungen und dem subjektiven Wohlbefinden der Bevölkerung in den neuen und alten Bundesländern erkundet. Im vereinten Deutschland haben die Ostdeutschen auch zehn Jahre nach dem Fall der Mauer eine ungünstigere Position in der Wohlstandsschichtung inne. Gleichwohl lassen sich die im Durchschnitt geringeren Zufriedenheiten und schlechteren Gesellschaftsbewertungen in den neuen Bundesländern nur zum Teil auf die schlechteren individuellen Lebensbedingungen zurückführen. Kollektive Vergleiche zwischen Ost und West, subjektive Einschätzungen der eigenen Lage und politische Orientierungen sind als Erklärungen zu berücksichtigen. Eine weitere Angleichung der Lebensbedingungen – für die es ohnehin aus strukturellen Gründen einen längeren Atem brauchen wird – führt deshalb nicht automatisch zu gleichen Zufriedenheiten und Gesellschaftsbewertungen. Die materielle Einheit ist die dafür notwendige, aber vermutlich nicht hinreichende Voraussetzung.

In this paper the connection between the development of living conditions in East and West Germany on the one hand and the subjective well-being of the population on the other hand is explored. Ten years after the fall of the Berlin Wall, East Germans still are in a lower position within the German stratification system. But differences in individual living conditions only account for part of these differences in satisfaction and attitudes between East and West Germans. This gap can be explained by collective comparisons between the old and the new Bundesländer, assessments of the individual status and political beliefs. It follows that a further improvement of living conditions in the Eastern part must not automatically lead to identical levels of satisfaction. To reach this, equal living conditions are a necessary, but not the only precondition.

Inhalt

1	Problemstellung: die materielle und die immaterielle Dimension der Einheit	3
2	Die Annäherung der individuellen Lebensbedingungen	4
	Wachsender Lebensstandard in Ostdeutschland	5
	Einkommensanstieg und verbleibender Abstand	6
	Die Wohlstandsschichtung im vereinten Deutschland	8
3	Subjektives Wohlbefinden: Zufriedenheiten und Gesellschaftsbewertungen	13
	Annäherung und Unterschiede	14
	Wohlstandslage oder "echter" Ost-West-Unterschied?	16
4	Ost, West und darüber hinaus	20
	Mögliche Mechanismen und Prozesse	20
	Was hinter dem Ost-West-Effekt steckt	22
5	Schlußfolgerungen und Perspektiven: Warum die materielle Einheit nicht automatisch die immaterielle Einheit bringt.....	30
	Anmerkungen	33
	Literatur	35

1 Problemstellung: die materielle und immaterielle Seite der Einheit

Auch im neunten Jahr der deutschen Einheit sind "Angleichung" und "Abstand" die beiden Basisvokabeln, mit denen über den Vereinigungsprozeß und seine Fort- und Rückschritte diskutiert wird. Angleichung fragt danach, inwieweit sich Ost und West nähergekommen sind, materiell oder im Hinblick auf Einschätzungen, Zufriedenheiten und Wertorientierungen. Abstand fragt nach den - noch bestehenden oder neu entstandenen - Unterschieden. Je nach Betrachtungsweise und Standpunkt werden in den Vereinigungsbilanzen die Angleichungen und Konvergenzen oder die Abstände und Differenzen hervorgehoben – letztere am häufigsten im mentalen Bereich. Die kommerzielle Meinungsforschung liefert in beständigem Rhythmus Belege für die "Mauer in den Köpfen", die das Zusammenwachsen erschwere. Fast schon common sense ist es, daß der materielle Einigungsprozeß besser gelaufen sei als der mentale: Die Systemintegration ließ sich leichter bewerkstelligen als die Sozialintegration der Ostdeutschen. Gensicke (1998) spricht beispielsweise von einer "Transformation ohne Integration".

Die meisten Untersuchungen beschäftigen sich entweder mit der "äußeren", der materiellen Einheit, oder mit der "inneren", der immateriellen – oder lassen, wenn sie beides behandeln, die zwei Dimensionen mehr oder weniger unverbunden nebeneinanderstehen. Mit dem Instrumentarium der Wohlfahrtsforschung wollen wir im folgenden analysieren, welche Verbindung zwischen materiellen Lebensbedingungen und subjektivem Wohlbefinden besteht, wie stark also eine Annäherung von Zufriedenheiten und Gesellschaftsbewertungen von der weiteren Angleichung der individuellen Lebensbedingungen abhängig ist.¹

Dazu bilanzieren wir den Stand der Transformation unter dem Blickwinkel der "objektiven" Lebensverhältnisse und Lebensbedingungen anhand von Lebensstandard und Einkommen (Abschnitt 2). In einem zusammenfassenden Modell der Wohlstandsschichtung wird die Position von West- und Ostdeutschen beschrieben. Anschließend rücken Zufriedenheiten und Bewertungen in den Mittelpunkt, insbesondere solche Bereiche, bei denen Unterschiede zwischen den neuen und alten Bundesländern bestehen (Abschnitt 3). Ist die geringere Zufriedenheit der Ostdeutschen auf individuelle Wohlstandsunterschiede zurückzuführen? Oder ist darüber hinaus die Zugehörigkeit zu "Ost" und "West" von Bedeutung für das subjektive Wohlbefinden? Darauf aufbauend wird analysiert, was sich hinter dem "Ost-West-Effekt" verbirgt (Abschnitt 4). Operationalisiert werden hierfür Erkenntnisse der Wohlfahrts- und Zufriedenheitsforschung. Abschließend werden Schlußfolgerungen für den weiteren Vereinigungsprozeß gezogen (Abschnitt 5). Theoretische Anknüpfungspunkte der Analyse sind zum einen die Debatten um "äußere" und "innere" Einheit und den Einfluß von Situation und Sozialisation, zum anderen Theorien der Zufriedenheits- und Wohlfahrtsforschung. Die Datenbasis ist der Wohlfahrtssurvey 1998.²

2 Die Annäherung der objektiven Lebensbedingungen

Die Ursache für den Zusammenbruch der DDR war nicht nur Massenprotest und Massenflicht aufgrund der undemokratischen Herrschaftsstruktur des SED-Staates, sondern ebenso die weitverbreitete Unzufriedenheit mit den materiellen Lebensbedingungen und der wirtschaftlich desolaten Situation. Die Versorgungslage war in vielen Bereichen unbefriedigend – insbesondere im Vergleich mit der prosperierenden Bundesrepublik.

Der Beitritt zum Geltungsbereich des Grundgesetzes bedeutete den Austausch des politischen und rechtlichen Systems innerhalb kürzester Zeit und ebenso die Übertragung der Institutionen der sozialen Marktwirtschaft. Darüber hinaus war die Vereinigung der Startschuß für den Abbau des Wohlstandsgefälles zwischen West und Ost; eine Verpflichtung, die sich auch aus dem Grundgesetz ergab. Dort war die "Herstellung einheitlicher Lebensverhältnisse" festgeschrieben. Ende 1994 wurde dieser Passus auf Druck der Länder zwar durch die etwas vagere Formulierung der "Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse" ersetzt; gleichwohl war Wohlstand für alle – und gemeint war damit ein Wohlstandsniveau wie in den alten Bundesländern - ein zentrales Versprechen der Vereinigungspolitik und die große Hoffnung der ostdeutschen Bevölkerung.

Inwieweit ist dieses Versprechen eingelöst worden? Ein summarisches Statement könnte lauten: 10 Jahre nach dem Untergang des DDR-Sozialismus haben sich die materiellen Lebensbedingungen in den neuen Bundesländern an das höhere westdeutsche Niveau angenähert, ohne dieses bereits ganz zu erreichen. Der materielle Einigungsprozeß, oft auch als "äußere Einheit" bezeichnet, ist dabei sehr schnell verlaufen. Im 1997 erstmals vorgelegten "Jahresbericht der Bundesregierung zum Stand der Deutschen Einheit" wird er als in Teilen bereits abgeschlossen betrachtet (vgl. Bundesministerium des Innern 1997). Diese positive Entwicklung ist nicht zuletzt auf umfangreiche Transfers zurückzuführen: Über 1,3 Billionen Mark sind als Bruttoleistung in den vergangenen acht Jahren in die neuen Bundesländer geflossen. In der externen Steuerung und der Bereitstellung enormer Finanzhilfen liegt eine große Differenz zur Systemtransformation der anderen ehemaligen Ostblock-Staaten. Modernisierung im Zeitraffer zeigte sich z.B. in der Infrastruktur: bei Verkehrswegen, Einkaufsmöglichkeiten und Kommunikation.

Für die Wohlfahrtsforschung sind insbesondere die individuellen Lebensbedingungen von Interesse, mithin also "solche Aspekte der sozialen Lage von Personen, Familien und privaten Haushalten (...), die letztlich das Niveau der individuellen Wohlfahrt der Bevölkerung ausmachen" (Habich 1999: 523). Hierzu zählen die objektiven Lebensbedingungen in verschiedenen privaten Bereichen (Wohnen, Einkommen, Lebensstandard, Arbeit), aber auch in öffentlichen Bereichen wie der Umweltsituation und der politischen Beteiligung. Ebenso zählt deren subjektive Wahrnehmung und Bewertung dazu, beispielsweise im Sinne von Zufriedenheit oder Unzufriedenheit. Im folgenden wollen wir uns mit objektiven

Lebensbedingungen befassen. Dabei beschränken wir uns auf zwei Dimensionen, die sowohl in der sozialwissenschaftlichen Forschung als auch für den Vergleich der Menschen untereinander eine herausragende Rolle spielen: Lebensstandard und Einkommen.

Wachsender Lebensstandard in Ostdeutschland

Im Wohlfahrtssurvey wurde anhand einer Liste von 22 Merkmalen der Lebensstandard der Deutschen untersucht (vgl. ausführlich Böhnke/Delhey 1999). Die Liste umfaßte sowohl Konsumgüter und Haushaltsausstattungen als auch soziale Aktivitäten und Maßnahmen der finanziellen Vorsorge. Insbesondere war von Interesse, was die Menschen haben und was sie sich aus finanziellen Gründen nicht leisten können. Der Lebensstandard der Haushalte ist ein gutes Beispiel, um den Annäherungsprozeß zu dokumentieren. Bei vielen Dingen, etwa Wohnung mit Innenbad, Telefon, Auto, Fernseher, Urlaubsreisen, Videorekorder, Stereoanlage oder Zeitungsabonnement gibt es keinen Unterschied mehr zwischen Ost und West. Bei vielen anderen ist der Rückstand der neuen Bundesländer nur geringfügig. 1990, teilweise auch noch 1993, hatte ein deutliches Gefälle im Lebensstandard bestanden. 1993 verfügte nach Angaben des Statistischen Bundesamtes nur jeder zweite ostdeutsche Haushalt über einen Telefonanschluß, was schon eine enorme Verbesserung gegenüber der DDR-Zeit war, mittlerweile ist fast Vollversorgung erreicht (95%) worden. Zusätzlich ist zu berücksichtigen, daß sich die Ausstattungen nicht nur quantitativ, sondern auch qualitativ verbessert haben.

Doch trotz dieses nachholenden "Ausstattungsbooms" können sich die westdeutschen Haushalte nach den Daten des Wohlfahrtssurvey 1998 im Durchschnitt nach wie vor etwas mehr leisten. Unterschiede bestehen vorrangig in den Bereichen, in denen ein permanenter Einkommensüberschuß in der Haushaltskasse Voraussetzung ist: beim monatlichen Sparen etwa oder dem Aufbau einer zusätzlichen privaten Altersvorsorge. In den neuen Bundesländern ist der Anteil derer größer, die für solche finanziell aufwendigeren Aktivitäten und Maßnahmen keine Mittel übrig haben. In Westdeutschland gibt beispielsweise jeder vierte an, sich keine private Vorsorge für den Ruhestand leisten zu können, in Ostdeutschland jeder dritte.

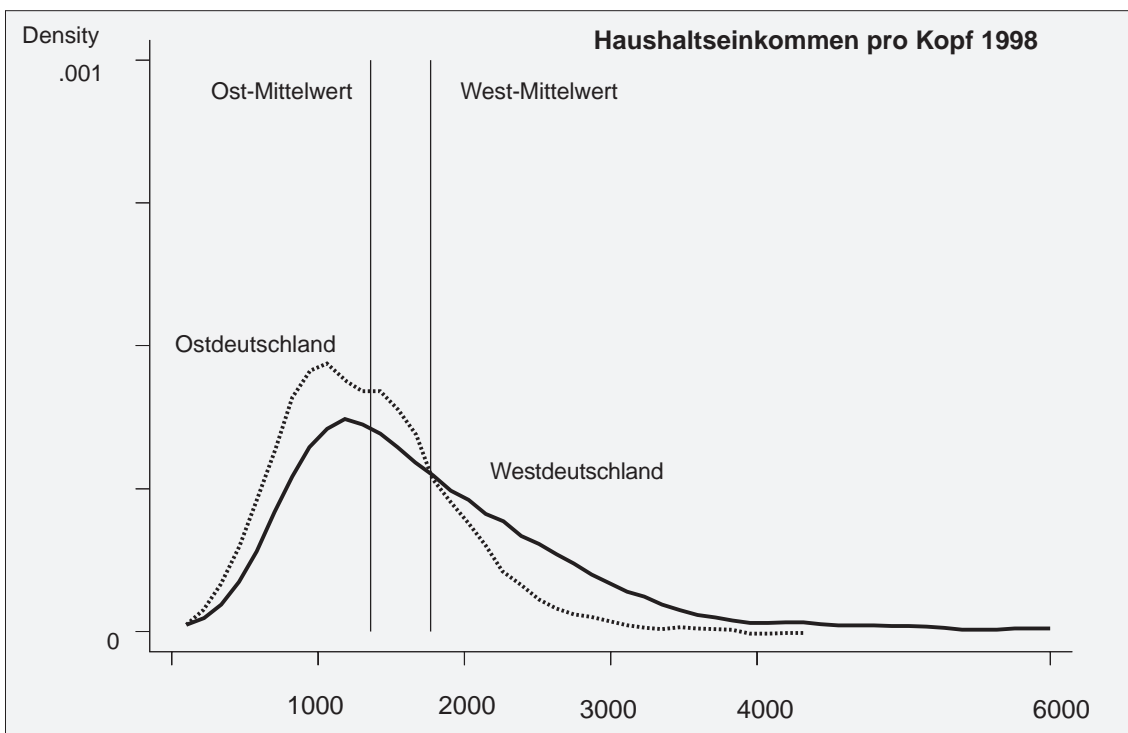
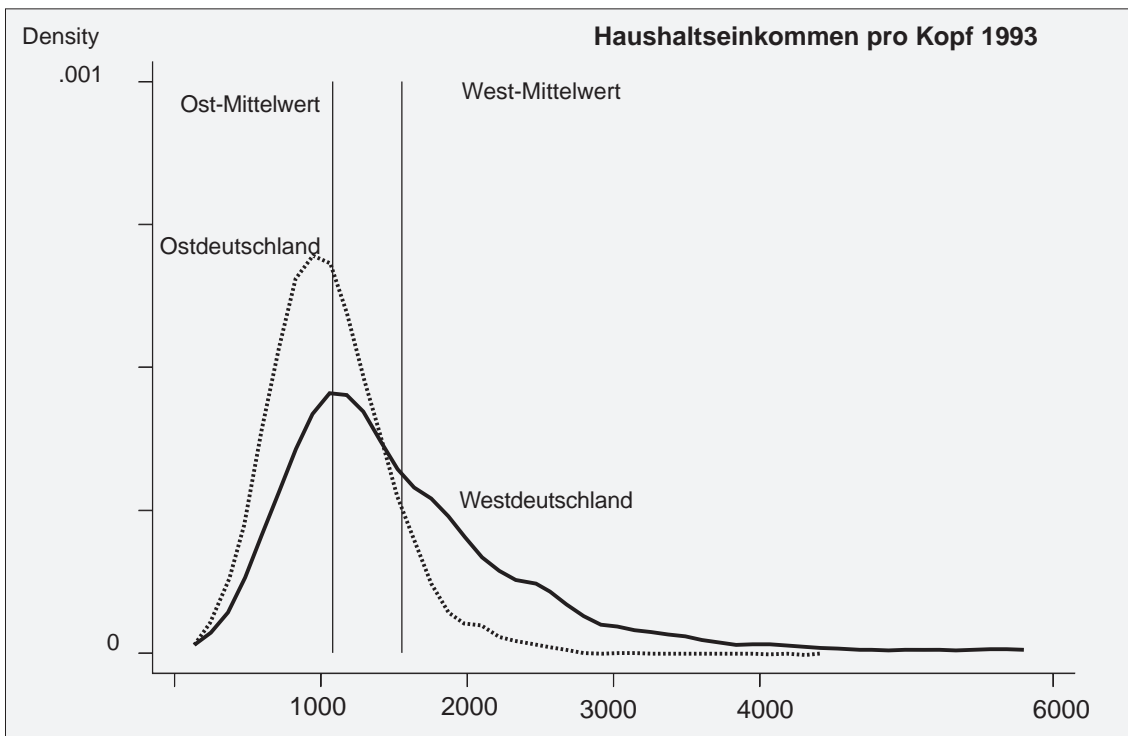
Einkommensanstieg und verbleibender Abstand

Der Hauptgrund für die aufgezeigten Unterschiede ist, daß die Einkommens- und Vermögenssituation der Ostdeutschen noch nicht der der Westdeutschen entspricht. Das durchschnittliche bedarfsgewichtete Netto-Haushaltseinkommen lag 1997 kaufkraftbereinigt ca. 15% unter dem westdeutschen Durchschnitt, nominal rund 20%. Doch auch am Indikator Einkommen läßt sich die rasche Wohlstandszunahme im Zuge des "Aufbau Ost" ablesen: 1991 betrug die Lücke real noch 31%, nominal 47%. Andere Betrachtungsweisen (Haushaltseinkommen pro Kopf, Haushaltseinkommen gesamt, Bruttoarbeitseinkommen, Nettoarbeitseinkommen) führen zu etwas anderen Relationen zwischen Ost und West, bestätigen aber alle den Trend eines abnehmenden Wohlstandsgefälles zwischen den beiden Landesteilen (vgl. z.B. Habich 1999: 530f.). Der Großteil der Einkommensgewinne der Ostdeutschen fällt dabei in die Jahre 1991 bis 1995.

Mit Daten des Wohlfahrtssurvey 1993 und 1998 läßt sich die Einkommensverteilung für beide Landesteile berechnen und graphisch darstellen (vgl. Abbildung 1). Die Schaubilder zeigen eine relative Häufigkeitsverteilung (genauer: eine Kernel-Dichte-Schätzung, vgl. dazu Cowell/Jenkins/Litchfield 1996). Die Kurven geben an, wie häufig einzelne Einkommenswerte vorkommen. Diese relative Häufigkeit ist auf der Y-Achse abgebildet, die Einkommenshöhen auf der X-Achse. Im Jahr 1993 (obere Graphik) befanden sich die Ostdeutschen - verglichen mit den Westdeutschen - noch in einer sehr ungünstigen Einkommensposition. Deutlich mehr Ostdeutsche verfügten über niedrige Pro-Kopf-Einkommen, deutlich weniger über hohe. Dabei ist zu berücksichtigen, daß sich 1993 die Einkommen der Ostdeutschen schon deutlich erhöht hatten, die "Unterschichtung" direkt nach der Einheit also noch deutlicher ausgeprägt war (vgl. Berger/Schultz 1999). Im Jahr 1998 (untere Graphik) ist die Einkommensverteilung in den neuen Bundesländern immer noch "nach links verschoben", aber das Phänomen der Unterschichtung hat sich abgeschwächt. Die Kurven von Ost und West haben sich einander angenähert, und auch die Einkommensmittelwerte liegen heute enger zusammen als noch vor fünf Jahren. Doch ebenso erkennbar ist der noch verbleibende Abstand. Beispielsweise gibt es nach wie vor kaum ostdeutsche Haushalte mit sehr hohem Einkommen.³ Zu berücksichtigen ist auch, daß die tariflichen Arbeitszeiten in den neuen Bundesländern etwas länger sind.

Die bislang erreichte Annäherung der Einkommenssituation ist zu einem Gutteil auf staatliche Transferzahlungen zurückzuführen. Die neuen Bundesländer können das mittlerweile hohe Wohlstandsniveau nicht aus eigener Kraft erwirtschaften. Ihre wirtschaftliche Leistungsfähigkeit liegt pro Kopf bei 56% des westdeutschen Niveaus (nach 47% im Jahr 1991). Die Einkommen sind weitaus stärker gestiegen als die Wirtschaftsleistung. Die kräftigen Wohlstandsgewinne - Geißler (1993a: 17) spricht sogar von einer "Einkommens-explosion" - sind also maßgeblich eine Folge der staatlich gelenkten Umverteilung von Ressourcen. Rund die Hälfte der öffentlichen Gelder für die neuen Bundesländer dienten

Abbildung 1: Die Einkommensverteilung in Ost- und Westdeutschland



Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1993, 1998.

als Sozialleistungen direkt der Einkommensverbesserung der Bevölkerung. Nach Angaben des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung waren dies für den Zeitraum 1991-1998 insgesamt 603 Milliarden Mark.

Die Wohlstandsschichtung im vereinten Deutschland

Mit einem Schema der gesamtdeutschen Wohlstandsschichtung sollen nun die noch bestehenden Unterschiede in den materiellen Lebensbedingungen zwischen den beiden Bevölkerungsgruppen zusammenfassend dargestellt werden. Wohlstand, gemessen am Einkommen und am realisierten Lebensstandard, ist in Massenkongsumgesellschaften Gradmesser für die Möglichkeiten einer Person, über den Markt vermittelte Güter und Dienstleistungen zu erwerben und in dieser materiellen Hinsicht möglichst viele Optionen wahrnehmen zu können. Diese Möglichkeiten sind prinzipiell als Kontinuum zu denken, wobei Armut für einen stark limitierten Spielraum steht, Reichtum für einen sehr großen Spielraum (vgl. Schulze 1993). Ein Kontinuum ist allerdings schwierig darzustellen. Deshalb ist es sinnvoll, verschiedene Wohlstandspositionen zu unterscheiden. Im folgenden soll die Wohlstandsschichtung im vereinten Deutschland als mehrgeschossiges Haus mit sieben Etagen dargestellt werden (vgl. Abbildung 2).

Die Darstellung als Haus ist nicht neu. Berühmtes Vorbild ist das Dahrendorfsche Haus für die Bundesrepublik der 60er Jahre. Für die Bundesrepublik der 80er Jahre hat Geißler das Haus "umgebaut" und "modernisiert" (vgl. Geißler 1992: 73ff., Noll 1997). Beide Darstellungen basieren auf Schichten in einem umfassenderen Sinne, mit der Stellung im Herrschafts- und Wirtschaftssystem als wichtigstem Unterscheidungsmerkmal. Die von uns gebildeten Wohlstandslagen sind mit ihrem primär materiellen Bezug nur in einem eingeschränkten Sinne als "Schichten" zu verstehen. Die Lagen wurden durch eine Kombination von Einkommen und Lebensstandard gebildet. Beim Einkommen wurde die Relation zum gesamtdeutschen durchschnittlichen Netto-Haushaltseinkommen, bedarfsgewichtet und für die neuen Bundesländer zusätzlich kaufkraftkorrigiert, als Maßstab herangezogen. Dieses Referenzeinkommen beträgt 2450 DM im Monat.⁴ Beim Lebensstandard haben wir auf der Basis der oben angesprochenen 22 Ausstattungsmerkmale einen Index gebildet, der den Lebensstandard einer Person zusammenfassend mißt.

In den untersten zwei Etagen des Wohlstandshauses unterscheiden wir drei Armutslagen (vgl. zu den Armutslagen Böhnke/Delhey 1999: 24f.). Ganz unten steht die "doppelte Armut", bei der sowohl das Einkommen als auch der realisierte Lebensstandard unzureichend sind. Unzureichend heißt: Das Einkommen liegt unterhalb der Hälfte des Durchschnittseinkommens, und der Lebensstandard ist sehr niedrig (die Person befindet sich im untersten Lebensstandard-Dezil, wenn man die Bevölkerung nach dem Lebensstandard in

Abbildung 2: Schema der Wohlstandslagen



zehn gleich große Gruppen, sog. Dezile, einteilt).⁶ In der Etage darüber sind die beiden "einfachen" Armutslagen beheimatet. Zum einen handelt es sich um Armut aufgrund eines sehr niedrigen Lebensstandards ("Deprivationsarmut"), zum anderen um Armut aufgrund eines Einkommens unterhalb der 50-Prozent-Armutsschwelle ("Einkommensarmut"). Der Grund, warum drei Armutslagen unterschieden werden, ist der, daß niedriger Lebensstandard (als Output-Betrachtung) und niedriges Einkommen (als Input-Betrachtung) zwei unterschiedliche Formen von Armut darstellen. Das Zusammenfallen beider Armutsformen beeinträchtigt die Lebenschancen besonders gravierend (vgl. Halleröd 1995).

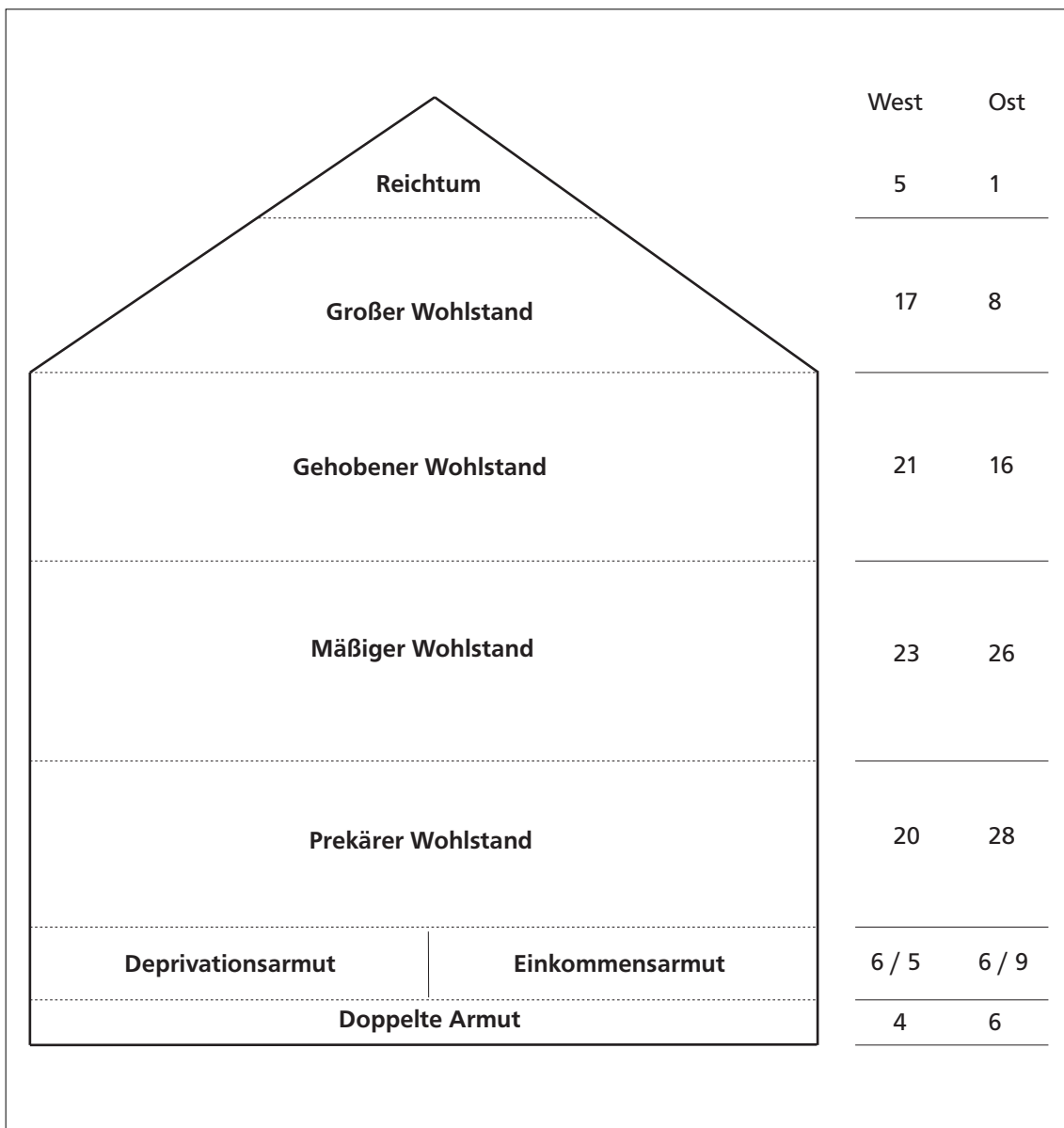
Die Lagen der Nicht-Armut wurden ausschließlich nach dem Einkommen unterschieden, weil der Lebensstandard-Index nur dazu geeignet ist, einen sehr niedrigen Standard von einem "normalen" Standard zu unterscheiden, nicht aber einen "normalen" von einem "hohen" oder gar einem "sehr hohen". In der dritten Etage liegt das Einkommen noch deutlich unter dem Durchschnitt. Nach Hübinger (1999, s. auch Übersicht 1) läßt sich diese Lage mit "prekärem Wohlstand" umschreiben. Über "mäßigen Wohlstand" und "gehobenen Wohlstand" verbessert sich die materielle Lage, und schließlich sind "großer Wohlstand" und "Reichtum" die obersten Stockwerke des Wohlstandshauses.⁷

Bei den Abgrenzungen der Lagen dienten, so weit möglich, sozialwissenschaftliche Konventionen als Orientierung. Bei der Bestimmung von Reichtum folgen wir beispielsweise Husters Definition (1993, vgl. Übersicht 1): "Reich" sind alle Personen mit einem bedarfsgewichteten Einkommen, das mindestens doppelt so hoch ist wie das durchschnittliche. Dennoch ist eine Abgrenzung anhand von Einkommen bis zu einem gewissen Punkt immer arbiträr. An den Rändern der Lagen werden Personen unterschiedlichen Wohlstandspositionen zugerechnet, obwohl sie sich in der Einkommenshöhe kaum unterscheiden. Allerdings geht es hier vorrangig um eine relationale Beschreibung: Wir wollen West- und Ostdeutsche auf dem "Möglichkeitenkontinuum" (Schulze 1993) einordnen und vergleichen. Für diesen Zweck sind die Wohlstandslagen durchaus geeignet.⁸

Die Bevölkerung verteilt sich folgendermaßen auf die einzelnen Etagen des Hauses: Gesamtdeutsch gesehen sind die drei mittleren Lagen "gehobener Wohlstand", "mäßiger Wohlstand" und "prekärer Wohlstand" mit einem Bevölkerungsanteil von ungefähr je einem Fünftel am stärksten besetzt. Die beiden übrigen Bevölkerungsfünftel verteilen sich auf die unteren und die oberen Etagen. Dabei befinden sich allerdings nur wenige ganz unten, in "doppelter Armut", und auch nur wenige ganz oben, in "Reichtum". Dies belegt, daß Deutschland eine Mittelschichtgesellschaft ist. Allerdings bildet man mit Repräsentativumfragen die "Ränder" der Gesellschaft immer nur unscharf ab; man unterschätzt sowohl die Zahl der Reichen als auch die Zahl der Armen (z.B. weil keine Obdachlosen oder Personen in Anstalten befragt werden).

Trennt man nun nach Ost und West, so ist die Position der Ostdeutschen in der gesamtdeutschen Schichtung weniger günstig als die der Westdeutschen (vgl. Abbildung 3). Die oberen drei Lagen sind schwächer besetzt. Vor allem gibt es kaum "reiche" Ostdeutsche, nur 1% der Befragten gegenüber 5% im Westen, und deutlich weniger in "großem Wohlstand" Lebende, 8% gegenüber 17% im Westen. Vom "mäßigen Wohlstand" an abwärts sind die Lagen in den neuen Bundesländern stärker (bzw. im Fall der "Deprivationsarmut" gleich stark) besetzt. Den drei Armutslagen sind zusammengenommen 21% der ostdeutschen Bevölkerung zuzurechnen, gegenüber 15% der westdeutschen. Die Verteilung der Wohlstandslagen unterscheidet sich 1998 also noch erkennbar, wenn auch weit weniger markant als zu Beginn der 90er Jahre.

Abbildung 3: Wohlstandslagen und ihre Verteilung (Bevölkerungsanteile in %)⁹



Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1998.

Übersicht 1: Alternative Definitionen von Einkommens- und Wohlstandslagen

Miegel (1983) unterscheidet grundsätzlich eine wohlhabendere und eine weniger wohlhabende Bevölkerungshälfte. Innerhalb dieser beiden Hälften unterteilt er erneut (die gerundeten Verteilungszahlen beziehen sich auf die alte Bundesrepublik):

- Haushalte mit sehr großem Einkommen und Vermögen (2% der Bevölkerung): Das verfügbare Nettoeinkommen ist dreimal so groß wie das Medianeinkommen.
- Haushalte mit großem Einkommen und Vermögen (19% der Bevölkerung): Deren Einkommen ist wenigstens halb so groß wie die Mindesteinkommen der Haushalte mit sehr großem Einkommen und Vermögen.
- Haushalte mit mittlerem Einkommen und Vermögen (27% der Bevölkerung): Sie erzielen wenigstens das Mindesteinkommen der wohlhabenderen Bevölkerungshälfte.
- Haushalte mit unterdurchschnittlichem Einkommen und Vermögen (35% der Bevölkerung): Sie befinden sich in den oberen zwei Dritteln des Einkommensspektrums der unteren Hälfte.
- Haushalte mit geringem Einkommen und Vermögen (14% der Bevölkerung): Sie befinden sich im unteren Drittel der Einkommensverteilung.

Im DIW-Wochenbericht 22/1990 findet sich ein weiteres Schema. Grundlage ist die Relation zum verfügbaren Durchschnittseinkommen:

- blendende finanzielle Situation: pro Kopf über 200% des Durchschnittseinkommens (1,8 Mio. Haushalte, entsprechend 3,9 Mio. "Vollpersonen")
- gute Situation: 110-200% (7,1 Mio. Haushalte, 12,9 Mio. Personen)
- durchschnittliche Situation: 90-110% (4,5 Mio. Haushalte, 9,8 Mio. Personen)
- knapp dran: 50-90% (10,7 Mio. Haushalte, 27,6 Mio. Personen)
- arm: weniger als 50% (2,1 Mio. Haushalte, 5,2 Mio. Personen).

Auch hier beziehen sich die Angaben auf die alte Bundesrepublik, Stand 1988, nach Daten des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW).

Ein aus Einkommens- und Mobilitätsanalysen abgeleitetes Modell zur Differenzierung unterer Wohlstandslagen findet sich bei Hübinger (1999). Konventionell wird die Armutsgrenze bei 50% des Durchschnittseinkommens gesetzt. Über dieser Grenze zieht er eine Wohlstandsschwelle bei ungefähr 75-80% des Durchschnittseinkommens. Aufgrund der latenten Armutsgefahr sieht er die Haushalte unterhalb dieser Marke in prekärem Wohlstand lebend, erst die Haushalte darüber in gesichertem Wohlstand. Die Größenverhältnisse taxiert er auf 10% Bevölkerungsanteil für die Armutslagen, 25-35% für den prekären Wohlstand und 55-65% für den gesicherten Wohlstand.

Eine Antwort auf die Frage, wann man von Reichtum sprechen kann, versucht Huster (1993) zu geben. Seine Lösung: der Multiplikator 2: "Bestimmt der Divisor 2 die Grenze zur Armut, so wäre es naheliegend, den Multiplikator 2 zum quantitativen Kriterium für eine Grenzziehung zu bezeichnen, von wo ab eine vom Durchschnitt aller Haushalte weit abgehobene Lebenslage möglich wird" (ebd.: 51f.).

3 Subjektives Wohlbefinden: Zufriedenheiten und Gesellschaftsbewertungen

Unter subjektivem Wohlbefinden versteht man in der Wohlfahrtsforschung “die von den Betroffenen selbst abgegebenen Einschätzungen über spezifische Lebensbedingungen und über das Leben im allgemeinen” (Zapf 1984: 23). Diese Einschätzungen sind letztlich Ausdruck der wahrgenommenen Lebensqualität. Sie umfassen emotionale, kognitive und evaluative Aspekte und werden über Zufriedenheiten, Ängste, Erwartungen, Bewertungen oder Glück gemessen. Bewertungsobjekte können das Leben allgemein oder einzelne Lebensbereiche sein. Üblicherweise wird zwischen privaten und öffentlichen Lebensbereichen unterschieden. Private Bereiche sind solche, bei denen die eigene Situation und die persönlichen Belange im Vordergrund stehen, in der Gerechtigkeitsforschung auch als selbstbezogene Bewertungen bezeichnet. Bei öffentlichen Bereichen stehen Institutionen und Systemeigenschaften im Vordergrund. Bewertet wird die Qualität der Gesellschaft (ordnungsbezogene Bewertung), die sich der Beeinflussung durch den einzelnen weitgehend entzieht.

Für eine Vereinigungsbilanz ist die subjektive Dimension in zweifacher Weise interessant. Unter einem beschreibenden Gesichtspunkt geben sie, wie “objektive” Indikatoren auch, Aufschluß über den transformationsbedingten sozialen Wandel im Zeitraffer und die tiefgreifenden Veränderungen der Lebensbedingungen aus dem Blickwinkel der Bevölkerung. Und sie geben Aufschluß über die Wahrnehmung und Akzeptanz bestimmter Merkmale des neuen Gesellschaftssystems.

Unter einem normativen Gesichtspunkt können sie als Gradmesser für den Stand der “inneren Einheit” dienen. Im bereits erwähnten Jahresbericht der Bundesregierung zum Stand der Deutschen Einheit heißt es, daß für die Regierung “der Einigungsprozeß erst dann abgeschlossen ist, wenn neben der materiellen Einheit die innere Einheit vollendet ist” (Bundesministerium des Innern 1997: 1). Der nicht näher bestimmte Begriff der inneren Einheit findet auch in der sozialwissenschaftlichen Literatur Verwendung, aufgefüllt mit ganz unterschiedlichen Bedeutungen. Die Verwendungszusammenhänge reichen von minimalistischen Ansätzen eines Konsenses über wenige konstitutionelle Grundfragen, “ergänzt um soziale Marktwirtschaft und Westintegration, nationale Identifikation und Grundsympathie” (Veen 1997: 27) über Vorstellungen einer integrierten politischen Gemeinschaft (Fuchs/Roller/Weßels 1997: 11) bis hin zu maximalistischen Ansätzen mit der – impliziten oder expliziten - Meßlatte weitgehend identischer Wahrnehmungen und Bewertungen von Lebensumständen und Systemeigenschaften durch Ost- und Westdeutsche als Kriterium (z.B. bei Habich/Noll/Zapf 1999).

Annäherung und Unterschiede

Wie sehen die subjektiven Bilanzen 10 Jahre nach dem Mauerfall aus? In der Summe werden die Veränderungen seit der Wende von einer Mehrheit der Ostdeutschen als Verbesserung wahrgenommen. 59% der Ostdeutschen sehen dies so, 16% sehen eine Verschlechterung. 1998 ist die Bewertung der Ostdeutschen noch einmal positiver als 1993. Im Zuge der Transformation sind die Ostdeutschen mit dem Leben insgesamt wie auch mit vielen Einzelaspekten – privaten und öffentlichen - zufriedener geworden (vgl. Habich/Noll/Zapf 1999). Gesunken ist nur die Zufriedenheit mit der Gesundheit. In der Bilanz der Westdeutschen überwiegt die Stabilität (59%), und jeweils ein Fünftel registriert eine Verbesserung bzw. Verschlechterung der Lebensbedingungen. Dies spiegelt wider, daß sich die Lebensumstände für die ehemaligen DDR-Bürger mit der Wiedervereinigung viel stärker und tiefgreifender verändert haben als für die Westdeutschen.

Mit einigen Aspekten des Lebens sind die Deutschen in Ost und West gleichermaßen zufrieden, zum Beispiel mit den ganz persönlichen Bereichen Familie und Ehe/Partnerschaft oder dem Umweltschutz (in diesem Bereich durch einen starken Zufriedenheitszuwachs in Ostdeutschland, nachdem die Betriebe in der DDR in hohem Maße die natürliche Umwelt belastet haben und die Umweltbedingungen deshalb in weiten Teilen sehr schlecht gewesen sind). Mit der eigenen Ausbildung und der Kirche sind die Bürger im Osten zufriedener als im Westen.

In der Mehrzahl der Lebensbereiche sind die Zufriedenheiten und Bewertungen der Ostdeutschen aber nach wie vor signifikant schlechter als im Westen (vgl. Tabelle 1) - trotz einer Annäherung an das höhere westdeutsche Zufriedenheitsniveau (s. auch Tabelle 2). Unterschiede bestehen beispielsweise bei den materiellen Lebensbereichen, z.B. bei der Zufriedenheit mit dem Haushaltseinkommen, dem Lebensstandard und den allgemeinen Lebensbedingungen: Im Schnitt sind die Ostdeutschen jeweils weniger zufrieden (wenn auch nicht unzufrieden). Angesichts des oben geschilderten Rückstands in den Lebensbedingungen ist dies nicht verwunderlich. Auch die allgemeine Lebenszufriedenheit, die als summarisches Maß für das persönliche Wohlbefinden interpretiert werden kann, ist im Schnitt im Osten niedriger als im Westen (vgl. Tabelle 2).

Größere Ost-West-Unterschiede ergeben sich bei den öffentlichen Lebensbereichen (vgl. ebenfalls Tabelle 2). Hier betrachten wir vier Indikatoren: Die Zufriedenheit mit den demokratischen Einrichtungen; mit den eigenen Möglichkeiten, am normalen gesellschaftlichen Leben teilzuhaben (kurz: "Teilhabemöglichkeiten", ein Indikator, der auf die Chancen zur Partizipation und Integration abzielt); die Bewertung der Verteilungsgerechtigkeit; und eine summarische Bewertung, inwieweit die deutsche Gesellschaft eine lebenswerte Gesellschaft ist ("Alles in allem kann man in einem Land wie Deutschland sehr gut leben").

Tabelle 1: Subjektives Wohlbefinden im Ost-West-Vergleich, Mittelwerte nach Einzelbereichen

Bereiche mit höherer Zufriedenheit in Ostdeutschland	keine Zufriedenheitsunterschiede	Bereiche mit höherer Zufriedenheit in Westdeutschland
<ul style="list-style-type: none"> • Ausbildung • Kirche 	<ul style="list-style-type: none"> • Familienleben • Ehe/Partnerschaft • Umweltschutz 	<ul style="list-style-type: none"> • Wohnung • Wohngegend • Lebensstandard • Haushaltseinkommen • Arbeitsplatz • Gesundheit • Freizeit • Lebensbedingungen • Allgemeine Lebenszufriedenheit • Möglichkeiten der politischen Beteiligung • Öffentliche Sicherheit • Netz der sozialen Sicherung • Möglichkeiten der Teilnahme am normalen gesellschaftlichen Leben • Demokratische Einrichtungen • Verteilungsgerechtigkeit • "Deutschland ist ein Land, in dem man sehr gut leben kann"

Alle Unterschiede: Mittelwerte signifikant unterschiedlich auf .05-Niveau.
 Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1998.

Tabelle 2: Entwicklung des subjektiven Wohlbefindens in Ost und West (Mittelwerte, 0-10-Skala)

	West			Ost			Zusammenhang mit Ost/West (eta, West = 1) 1998
	1988	1993	1998	1990	1993	1998	
Private Lebensbereiche							
Zufriedenheit mit Haushaltseinkommen	7,1	7,1	7,0	4,7	5,8	6,1	.17
Zufriedenheit mit Lebensbedingungen	-	7,3	7,4	-	6,3	6,7	.16
Zufriedenheit mit Lebensstandard	7,4	7,4	7,4	6,0	6,1	6,7	.15
Allgemeine Lebenszufriedenheit	7,9	7,9	7,8	6,6	6,9	7,3	.11
Öffentliche Lebensbereiche							
Zufriedenheit mit demokratischen Einrichtungen	6,5	5,7	6,5	-	4,2	5,5	.20
Zufriedenheit Teilnahmemöglichkeiten "In Deutschland kann man sehr gut leben" (<i>Zustimmung</i>)	-	-	7,5	-	-	6,7	.19
Gerechtigkeit sozialer Unterschiede (<i>Zustimmung</i>)	-	-	92%	-	-	77%	.24
	-	-	34%	-	-	12%	.23

Alle Zusammenhänge signifikant auf .01-Niveau
 Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1988, 1990-Ost, 1993, 1998.

Durchgängig finden sich schlechtere Bewertungen im Osten Deutschlands: Die Bürger der neuen Bundesländer sind weniger zufrieden mit den demokratischen Einrichtungen und den persönlichen Teilhabe-Möglichkeiten; sie betrachten die sozialen Unterschiede in Deutschland als ungerechter, auch wenn kritische Stimmen in den alten Bundesländern ebenfalls deutlich überwiegen; und sie halten weniger häufig als die Westdeutschen (aber immer noch zu Dreiviertel, dies sollte man nicht übersehen) Deutschland für ein Land, in dem man sehr gut leben könne (vgl. dazu ausführlich Bulmahn 1999). Insbesondere die Befunde einer geringeren Demokratiezufriedenheit und der Zweifel an der Verteilungsgerechtigkeit werden durch andere Untersuchungen untermauert und bieten immer wieder Stoff zu Diskussionen über eine möglicherweise verfehlt oder noch nicht erreichte "innere Einheit" (vgl. z.B. Westle 1994, Fuchs/Roller/Weßels 1997, Kaase 1999, Noll 1996, 1998). Mit großem Medienecho hatte im Mai dieses Jahres die Bundesverfassungsgerichts-Präsidentin Jutta Limbach ostdeutsche Defizite im Demokratieverständnis beklagt.¹⁰ Doch welche normativen Schlußfolgerungen man bezüglich der "inneren Einheit" auch immer ziehen mag, der Befund ist klar: Die Qualität der deutschen Gesellschaft und ihrer grundlegenden Institutionen wird von den Ostdeutschen deutlich niedriger eingestuft als von den Westdeutschen, und auch mit den persönlichen materiellen Verhältnissen sind die Ostdeutschen weniger zufrieden.

Wohlstandslage oder "echter" Ost-West-Unterschied?

Die Frage ist nun, welche Rolle die individuellen Lebensbedingungen dabei spielen: Sind die skizzierten "subjektiven" Unterschiede vielleicht nur darauf zurückzuführen, daß die Verteilung der Ostdeutschen auf die Wohlstandslagen noch nicht der der Westdeutschen entspricht? Mit anderen Worten: Verschwinden die subjektiven Ost-West-Differenzen, wenn man die unterschiedliche Besetzung der Wohlstandslagen berücksichtigt? Denn die Bürger sehen ihr Leben und die Gesellschaft tendenziell um so positiver, je besser ihre eigene materielle Lage ist – in Ost wie in West (vgl. Tabelle 3). Dieser positive Zusammenhang trifft insbesondere für die privaten, selbstbezogenen Lebensbereiche zu. Öffentliche Bereiche sind dagegen "valence-issues" (Teckenberg 1996). Die Antworten sind nicht allein ein Reflex der eigenen Situation und Interessenlage, sondern auch am Gemeinwohl oder dem Wohl anderer orientiert.

Die Verbindung von objektiven Lebensbedingungen und subjektivem Wohlbefinden ist aus zahlreichen Untersuchungen bekannt und bildet eine Grundannahme der Zufriedenheits- und Wohlfahrtsforschung (vgl. für eine Übersicht Headey/Wearing 1992: 78ff., Argyle 1999: 355ff., Zapf 1984: 24ff.). Gute Lebensbedingungen führen – zumindest tendenziell – zu höherem subjektivem Wohlbefinden. Vergleicht man z.B. "reiche" und

Tabelle 3: Bivariate Zusammenhänge zwischen Wohlstandslage und subjektivem Wohlbefinden

Einfluß der Wohlstandslage auf...	Gesamt (eta)	West (eta)	Ost (eta)
Private Lebensbereiche			
Zufriedenheit mit Haushaltseinkommen	.55	.53	.58
Zufriedenheit mit Lebensstandard	.54	.52	.56
Zufriedenheit mit Lebensbedingungen	.48	.47	.48
Allgemeine Lebenszufriedenheit	.41	.40	.44
Öffentliche Lebensbereiche			
Zufriedenheit mit Teilnahmemöglichkeiten	.38	.38	.35
“In Deutschland kann man sehr gut leben”	.25	.25	.22
Zufriedenheit mit den demokratischen Einrichtungen	.20	.19	.21
Gerechtigkeit sozialer Unterschiede	.18	.16	.19

Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1998.

“arme” Personen oder Personen mit “hoher” und “niedriger” Schichtposition, so gibt es eine Reihe von Lebensbereichen, in denen die Bessergestellten zufriedener sind. Es gibt darüber hinaus einige Bereiche, in denen kein Unterschied besteht; aber eine höhere Zufriedenheit der Schlechtergestellten kommt so gut wie nie vor (vgl. Glatzer 1984a: 210ff.).

Das sozioökonomische Sein determiniert nicht das Bewußtsein, aber tendenziell folgt das Bewußtsein dem Sein. Bei vielen Studien ist der Zusammenhang zwischen materieller Lage und Wohlbefinden jedoch nicht sehr ausgeprägt: “The key point here is that income and status or, material well-being and prestige, are not of paramount importance to subjective well-being and psychological distress” (Headey/Wearing 1992: 80). Wie sieht es nun im deutschen Fall aus? Walz/Brunner (1997) gehen von einem starken Einfluß der materiellen Lage aus, um negative Befindlichkeiten der Ostdeutschen zu erklären. Die kulturelle und soziale Integration, so eine ihrer Thesen, verwirkliche sich um so schneller, je eher die materiellen Lebensbedingungen in Ost und West auf ein gleiches Niveau gebracht sind: “Das Sein bestimmt das Bewußtsein” (ebd.: 13). Welche Bedeutung kommt nun der Wohlstandsposition für die Erklärung der innerdeutschen Zufriedenheitsunterschiede zu?

Als erste Annäherung an die Antwort auf diese Frage dienen zwei Zufriedenheitstabellen. Zunächst geht es um die Zufriedenheit mit dem Lebensstandard, unterschieden nach Wohlstandslagen im Ost-West-Vergleich (vgl. Tabelle 4). Erwartungsgemäß sind diejenigen Westdeutschen, die in “Reichtum” leben, am zufriedensten, diejenigen Ostdeutschen, die von doppelter Armut betroffen sind, am unzufriedensten. Dies ist nicht weiter überraschend. Betrachtet man jede Wohlstandslage für sich, so sind die Ostdeutschen jeweils unzufriedener als die entsprechend plazierten Westdeutschen. Allerdings kommt es erkennbar in erster Linie auf die Wohlstandsposition der Befragten an. Die Mittelwerte der Zufriedenheiten sind dominant nach materieller Lage abgestuft, vom “Reichtum” bis hinunter zur “doppelten Armut”, nicht entlang der Ost-West-Achse.

Tabelle 4: Zufriedenheit mit dem Lebensstandard nach Wohlstandslage (Mittelwerte)

	Westdeutschland	Zufriedenheit Ø	Ostdeutschland
	Reichtum	8,9	
	Großer Wohlstand	8,2	
	Gehobener Wohlstand	7,9	Großer Wohlstand + Reichtum
		7,5	Gehobener Wohlstand
	Mäßiger Wohlstand	7,4	
		7,2	Mäßiger Wohlstand
	Prekärer Wohlstand	6,8	
		6,4	Prekärer Wohlstand
	Einkommensarmut	6,2	
		5,5	Einkommensarmut
	Deprivationsarmut	5,4	
		4,7	Deprivationsarmut
	Doppelte Armut	4,4	
		3,5	Doppelte Armut
Durchschnitt (und Standardabweichung)			Durchschnitt (und Standardabweichung)
	7,3 (1,9)		6,7 (2,0)

Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1998.

Ein anderes Bild ergibt sich bei der Demokratiezufriedenheit (vgl. Tabelle 5). Hier bilden die Wohlstandslagen-Ost und die Wohlstandslagen-West zwei "Blöcke", die sich kaum ineinander verzahnen. Zwar gibt es innerhalb dieser "Blöcke" jeweils eine Abstufung der Zufriedenheit nach materieller Lage, aber das auffälligste Ergebnis ist der Niveauunterschied in der Bewertung von Ost- und Westdeutschen, der den Einfluß der Wohlstandsposition deutlich überlagert. Selbst die Westdeutschen in Einkommensarmut sind im Mittel zufriedener mit den demokratischen Institutionen als die Ostdeutschen in den beiden höchsten Wohlstandslagen (die wir aus Gründen der Fallzahl zusammengefaßt haben). Hier scheint der Ost-West-Unterschied demnach ein "echter" Unterschied zu sein, der sich nicht auf die Verteilung der individuellen Wohlstandspositionen reduzieren läßt.

Systematisch läßt sich die Frage, welcher Einfluß überwiegt, durch eine simultane Einbeziehung der beiden Determinanten klären, z.B. mit multiplen Klassifikationsanalysen (MCA) (vgl. Tabelle 6). Bei den Zufriedenheiten mit privaten Lebensbereichen ist immer die Wohlstandslage die dominante erklärende Variable; die Ost-West-Zugehörigkeit hat einen schwächeren Einfluß, der außerdem gegenüber der bivariaten Betrachtung des Zusammenhangs deutlich reduziert ist. Die Menschen bewerten diese Lebensbereiche primär vor dem Hintergrund ihrer eigenen materiellen Situation. Allerdings ist die Ost-West-Variable nach wie vor signifikant.

Ein weniger eindeutiges Bild liefern die öffentlichen Bereiche: Bei der Zufriedenheit mit den Möglichkeiten der Teilnahme am gesellschaftlichen Leben ist ebenfalls die individuelle Wohlstandsposition dominant. Dagegen ist bei der summarischen Bewertung der Lebensqualität und bei der Demokratiezufriedenheit die Ost-West-Zugehörigkeit genauso

Tabelle 5: Zufriedenheit mit demokratischen Einrichtungen nach Wohlstandslage (Mittelwerte)

	Westdeutschland	Zufriedenheit	Ostdeutschland
		ø	
		6,9	
		6,8	
		6,7	
		6,6	
		6,4	
		6,1	
		5,8	Großer Wohlstand + Reichtum/ Mäßiger Wohlstand
		5,6	
		5,5	Gehobener Wohlstand/Prekärer Wohlstand
		5,2	Einkommensarmut/Deprivationsarmut
		4,0	Doppelte Armut
Durchschnitt (und Standardabweichung)			Durchschnitt (und Standardabweichung)
	6,5 (1,9)		5,5 (2,0)

Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1998.

Tabelle 6: Wohlstandslage oder "Ost-West" – was dominiert die subjektiven Bewertungen?

	Zusammenhang mit Wohlstandslage (beta)		Zusammenhang mit Ost/West (beta, West = 1)
Private Lebensbereiche			
Zufriedenheit mit Haushaltseinkommen	.54	>	.10
Zufriedenheit mit Lebensbedingungen	.47	>	.11
Zufriedenheit mit Lebensstandard	.53	>	.08
Allgemeine Lebenszufriedenheit	.40	>	.09
Öffentliche Lebensbereiche			
Zufriedenheit mit Teilnahmemöglichkeiten	.36	>	.15
"In Deutschland kann man sehr gut leben"	.23	=	.22
Zufriedenheit mit demokratischen Einrichtungen	.19	=	.18
Gerechtigkeit sozialer Unterschiede	.16	<	.23

Alle Effekte signifikant auf .01-Niveau

Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1998.

erklärungskräftig wie die Wohlstandslage. Und bei der Bewertung der Verteilungsgerechtigkeit ist schließlich die Ost-West-Variable dominant. Für diese gesellschaftsbezogenen Einschätzungen gilt zudem, daß sich die Erklärungskraft der Ost-West-Dimension gegenüber dem bivariaten Modell kaum verringert, wenn man die individuelle Wohlstandslage in das Modell hineinnimmt. "Ost oder West" ist demnach ein wichtiger eigenständiger Erklärungsfaktor – jenseits von Einkommen und Lebensstandard.

4 Ost, West und darüber hinaus

Mögliche Mechanismen und Prozesse

Ein Blick in die umfangreiche Literatur zur Zufriedenheitsforschung liefert Anhaltspunkte, welche vermittelnden Faktoren möglicherweise zwischen objektiver Lage und Zufriedenheit wirken bzw. welche zusätzlichen Faktoren denkbar sind, gerade mit Blick auf die besondere Vereinigungssituation. Dadurch erhält man Hinweise darauf, welche konkreten sozialen oder sozialpsychologischen Mechanismen sich hinter der Catch-all-Variable "Ost-West-Zugehörigkeit" verbergen könnten.

Grundsätzlich sind es vor allem drei Argumente, die gegen eine einfache Formel: "Größerer individueller Wohlstand gleich höhere Zufriedenheit" sprechen. Erstens ist von einem abnehmenden Grenznutzen eines stetig wachsenden Wohlstands für das subjektive Wohlbefinden auszugehen (van Praag/Frijters 1999). Zweitens wachsen Erwartungen und Ansprüche mit, so daß die Bürger zwar mehr haben, aber deshalb nicht unbedingt zufriedener sind (vgl. z.B. für die Einkommenszufriedenheit Glatzer 1984b). Mit diesen beiden Mechanismen läßt sich aber eher die Stagnation vieler Zufriedenheitswerte in den alten Bundesländern erklären. So ist beispielsweise die Zufriedenheit mit dem Lebensstandard seit 1978 unverändert, trotz deutlicher absoluter Wohlstandssteigerungen. Nicht erklären kann man mit ihnen, warum die Ostdeutschen unzufriedener sind.

Drittens hat die Tatsache, daß unter den materiell Privilegierten auch Unzufriedene und unter den Schlechtgestellten auch Zufriedene zu finden sind, zur These von den "inkonsistenten Wohlfahrtspositionen" geführt (Zapf 1984: 25/26, Habich 1996: 170f.). "Dissonanz" bezeichnet dabei eine schlechte Bewertung eigentlich guter Bedingungen ("Unzufriedenheitsdilemma"), "Adaption" eine gute Bewertung eigentlich schlechter Bedingungen ("Zufriedenheitsparadox"). Als Erklärung werden v.a. divergierende Ansprüche und Vergleichsprozesse genannt. Da die Ansprüche von Ost- und Westdeutschen an die Lebensbedingungen nahezu identisch sind, sind vor allem Vergleichsprozesse und subjektive Wahrnehmungen der eigenen Lage zu berücksichtigen, will man erklären, warum die Ostdeutschen - über die Erklärung durch die individuelle Wohlstandslage hinaus - ein niedrigeres Wohlbefinden zeigen als die Westdeutschen. Solche Prozesse können auf der individuellen oder kollektiven Ebene angesiedelt sein.

Nach Erkenntnissen der Gerechtigkeitsforschung tritt Unzufriedenheit vor allem dann auf, wenn Lebensverhältnisse als individuell ungerecht wahrgenommen werden (Szirmai 1988). Demnach könnte die Lücke zwischen den gerechterweise zustehenden und den

derzeitigen Lebensbedingungen ausschlaggebend sein. Jenseits solcher Gerechtigkeitserwägungen könnte die Ost-West-Differenz auch auf einer gewissen Fehleinschätzung der eigenen individuellen Wohlstandsposition beruhen. Bei gleicher objektiver Wohlstandslage können sich die sozialen Selbsteinstufungen von Ost- und Westdeutschen durchaus unterscheiden. Ähnlich wie im slowakischen Fall und deren Verhältnis zu den Tschechen spricht Srubar (1998: 47f.) auch im deutschen Fall von einer "inferioren Identitätsbildung" der Ostdeutschen. Gemeint ist damit eine Tendenz, sich als benachteiligt und nicht gleichwertig einzustufen.

Für die Erklärung der "inferioren Identitätsbildung" ist es sicherlich sinnvoll, den Blick auf kollektive Vergleichsprozesse zu richten, also auf den Vergleich zwischen Ost- und Westdeutschen als Quasi-Gruppen. Denn die Besonderheit der ostdeutschen Transformation ist, daß aus den Wohlstandsunterschieden zwischen zwei Staaten mit dem Beitritt Unterschiede innerhalb einer Gesellschaft geworden sind. Daß dies einen Effekt auf Einstellungen und Bewertungen hat, läßt sich gerade im Vergleich mit anderen Transformationsgesellschaften zeigen (vgl. Delhey 1999a, 1999b). Denn wie ein "downward comparison", ein Vergleich mit Schlechtergestellten, einen positiven Effekt auf die eigene Zufriedenheit haben kann (Will 1981, nach Becker 1991: 23), kann das bei einem "upward comparison", einem Vergleich mit Bessergestellten, auftretende Gefühl der kollektiven Benachteiligung zu niedrigeren Zufriedenheiten führen. Nach Easterlin (1974) und Duncan (1975) werden nur Verbesserungen der materiellen Lage gegenüber einer relevanten Vergleichsgruppe mit höherer Zufriedenheit honoriert. Nicht nur aufgrund des größeren Wohlstands waren und sind die Westdeutschen die Bezugsgruppe für die Ostdeutschen.

Ein vergleichender Blick von Ost nach West muß sich nicht auf materielle Verhältnisse beschränken, sondern kann auch auf den in mehrfacher Hinsicht asymmetrischen Vereinigungsprozeß und die sich daraus ergebenden Spannungen Bezug nehmen. In Anlehnung an Peter Blaus Ausführungen über Interaktionshäufigkeiten zwischen Mehrheiten und Minderheiten führt schon das ungleiche Bevölkerungsverhältnis dazu, daß die Ostdeutschen viel häufiger mit der Mehrheitsgruppe, den Westdeutschen, in Beziehung treten als umgekehrt. "Dies ist eine grundlegende sozialstrukturelle Ursache für die in Ostdeutschland beklagte Vernachlässigung, die aber erst nach 1989 sichtbar geworden ist" (vgl. Zapf 1999: 5f.). Zwar hat die überwiegende Mehrheit der Ostdeutschen in mehreren aufeinanderfolgenden Wahlen für den Beitritt und die schnelle Übertragung des westdeutschen Institutionensystems gestimmt – gleichwohl beklagen viele Ostdeutsche politische Bevormundung und Westdominanz. Gründe hierfür sind der Elitentransfer und die Übernahme der ostdeutschen Wirtschaft durch – vornehmlich - westdeutsche Unternehmen. Wissenschaftlichen Niederschlag findet diese Interpretation der Vereinigung in der Kolonialisierungsthese (Dümcke/Vilmar 1995). Pollack (1997) deutet das Sonderbewußtsein der Ostdeutschen als "Kampf um Anerkennung" und damit als Reaktion auf die massenhafte Entwertung von Biographien und Kompetenzen. Und Gensicke (1996, 1998) sieht das größte Problem der Einheit darin, daß die Westdeutschen als "Systemgewinner" die Ostdeutschen als "Systemverlierer" kollektiv diskriminieren.

Die bisher genannten Mechanismen nehmen auf die aktuelle Situation und die Begleiterscheinungen des Transformationsprozesses Bezug. Gerade bei gesellschaftsbezogenen Bewertungen sind – zusätzlich oder stattdessen - Werte und politische Orientierungen als Einflußfaktor denkbar. Die DDR-Sozialisation hat, zum Beispiel mit ihrer Betonung von Gleichheit und sozialer Gerechtigkeit, andere Wertvorstellungen vermittelt als die Sozialisation in Westdeutschland. Nach Gibas (1999: 30) war die “Erzählung” vom “friedlichen, solidarischen und vor allem egalitären deutschen Arbeiter- und Bauernstaat mit all ihrem Pathos der Arbeit und der ‚Werkstätigen‘ ” die zentrale Legitimationsfigur der DDR. Diese normativen Vorgaben seien auch weitgehend auf Akzeptanz gestoßen und noch heute in der Wertestruktur vieler Ostdeutscher präsent. Auf Ablehnung stießen in der Spätphase der sozialistischen Herrschaft nicht die egalitären sozialistischen Ideale selbst, sondern deren reale Umsetzung. Auf die lange Halbwertszeit internalisierter Werte hat z.B. Inglehart (1990: 19) hingewiesen: “A culture cannot change overnight. One may change the rulers and the laws, but changing basic aspects of the underlying culture will take many years. Even then, the long run effects of revolutionary transformation are likely to diverge widely from revolutionary visions and to retain important elements of the old pattern of society.”

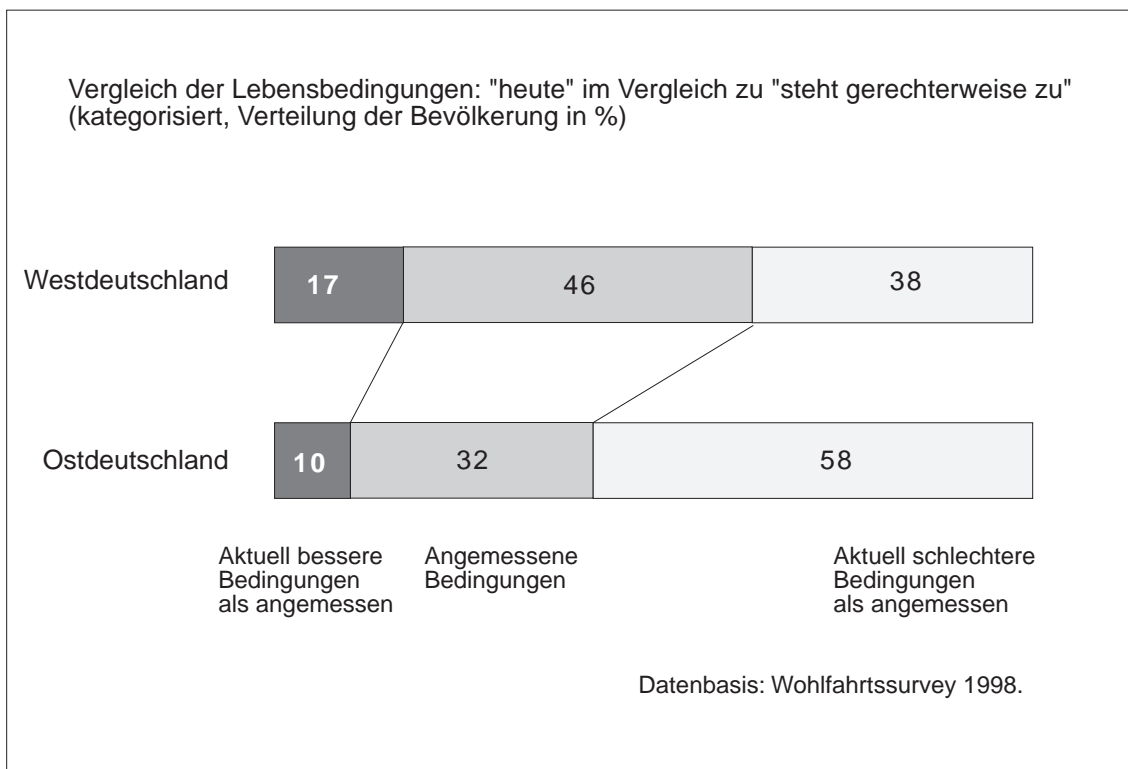
Mit Situation und Sozialisation sind die zwei Kräfte benannt, mit denen gerade in der Werte- und Einstellungsforschung innerdeutsche Unterschiede begründet werden. Nach Ansicht von Wegener/Liebig (1993) sind z.B. kritischere Haltungen der Ostdeutschen zur Verteilungsgerechtigkeit allein sozialstrukturell-situativ durch die ungünstigere soziale Stellung der Ostdeutschen bedingt. Die realsozialistische Vergangenheit habe dagegen keinen Einfluß. Dagegen gehen Fuchs/Roller/Weßels (1997: 12) davon aus, daß die Bewertungsunterschiede “zumindest teilweise auf die Sozialisation in unterschiedlichen Gesellschaftsordnungen zurückgeführt werden können”.

Was hinter dem Ost-West-Effekt steckt

Diese Überlegungen haben wir wie folgt operationalisiert, um sie für die empirische Analyse nutzbar zu machen:

- Das persönliche Gerechtigkeitsempfinden messen wir durch die Kombination zweier Fragen: der Frage nach den Lebensbedingungen, die einem gerechterweise zustehen, und der Frage nach den aktuellen Lebensbedingungen (gemessen jeweils auf einer Skala von 0 bis 10, mit 0 für “ganz und gar schlechte Lebensbedingungen” und 10 für “sehr gute Lebensbedingungen”). Die Differenz gibt Auskunft über die individuell empfundene Gerechtigkeit. Im Osten ist das Empfinden, aktuell schlechtere Bedingun-

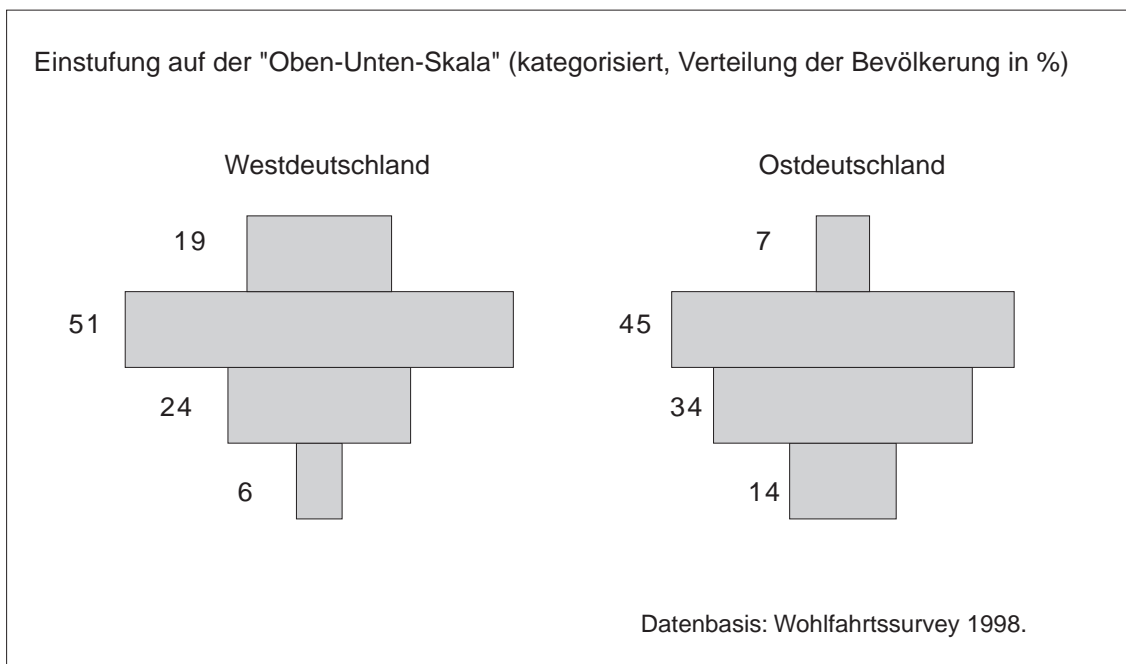
Abbildung 4: Persönliches Gerechtigkeitsempfinden der eigenen Lebensbedingungen



gen zu haben als einem zustehen, weiter verbreitet (vgl. Abbildung 4). Die "Gerechtigkeitslücke" beträgt im Mittel 1,1 Skalenpunkte im Osten gegenüber 0,5 Skalenpunkten im Westen, bei identischem Anspruchsniveau. Auch wenn man Personen derselben Wohlstandslage vergleicht, sehen die Ostdeutschen eine größere Gerechtigkeitslücke.

- Für die soziale Positionierung lässt sich die Selbsteinstufung auf einer Oben-Unten-Skala (mit 10 = oben, 1 = unten) verwenden. "In unserer Gesellschaft gibt es Bevölkerungsgruppen, die eher oben stehen und solche, die eher unten stehen. Wir haben hier eine Skala, die von oben nach unten verläuft. Wo auf dieser Skala würden Sie sich selbst einordnen?" Im Schnitt ordnen sich die Ostdeutschen fast einen Skalenpunkt niedriger ein als die Westdeutschen (5,4 gegenüber 6,1, s. auch Abbildung 5). Und auch bei vergleichbarer Wohlstandsposition stufen sich die Ostdeutschen niedriger ein.
- Der Vergleich der kollektiven Lebensbedingungen ergibt sich durch die Kombination zweier Angaben: der subjektiv wahrgenommenen Lebensbedingungen im eigenen und im anderen Landesteil (gemessen jeweils auf einer Skala von 0 bis 10). Die Differenz zwischen beiden Angaben zeigt den von den Personen wahrgenommenen Abstand in den kollektiven Lebensbedingungen. Die überwiegende Mehrheit der Ostdeutschen

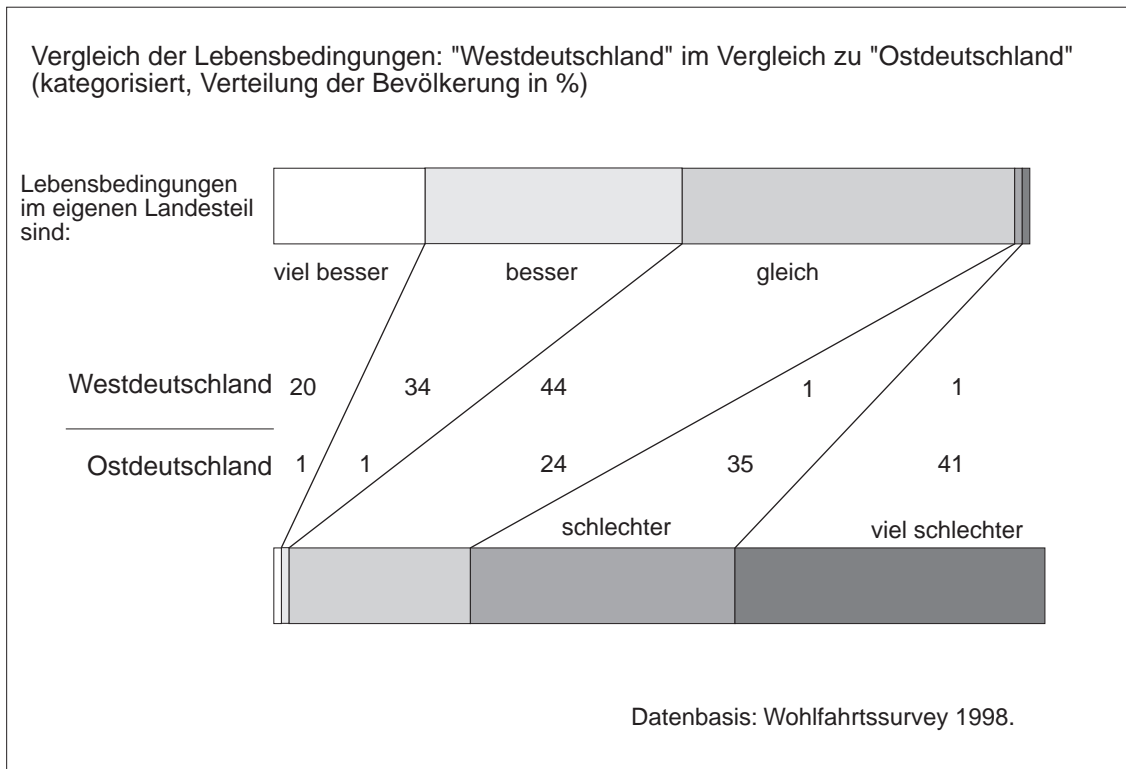
Abbildung 5: Soziale Selbsteinstufung in Ost und West



stuft die Bedingungen in den neuen Bundesländern schlechter ein als in den alten (vgl. Abbildung 6).¹¹ Der anfänglich große, inzwischen kleinere Wohlstandsrückstand wird folglich nicht nur als individuelle Benachteiligung erlebt, sondern auch als kollektive relative Deprivation im Vergleich zu den Westdeutschen. Dieses Benachteiligungsgefühl wird noch etwas verstärkt durch eine nach wie vor leicht idealisierte Sichtweise der westdeutschen Lebensbedingungen durch die Ostdeutschen (vgl. Habich/Noll/Zapf 1999).

- Aus der Vereinigung sich ergebende Spannungen und Konflikte verweisen ebenfalls auf die kollektive Dimension. "Wie stark sind ihrer Meinung nach die Konflikte zwischen Ostdeutschen und Westdeutschen?" (Zustimmung von 1 "sehr starke Konflikte" bis 4 "keine Konflikte"). 59% der Ostdeutschen, aber nur 37% der Westdeutschen, sehen "sehr starke" oder "starke" Konflikte.
- Für die weltanschauliche bzw. politische Orientierung verwenden wir die Parteipräferenz.¹² Im Ost-West-Vergleich sind die Präferenzen unterschiedlich verteilt. Ein Viertel der Ostdeutschen nennt die PDS als Partei, der sie nahestehen. Im Westen findet sie dagegen so gut wie keine Resonanz. Dagegen nennen deutlich weniger Personen in den neuen Bundesländern die bürgerlichen Parteien Union und F.D.P. als bevorzugte Parteien. Insgesamt kommt in den Zahlen zum Ausdruck, daß das politische Spektrum in den neuen Bundesländern – verglichen mit dem in den alten – nach "links" verschoben ist. Ein weiterer gravierender Unterschied ist die größere Zahl der ostdeut-

Abbildung 6: Vergleich der wahrgenommenen Lebensbedingungen

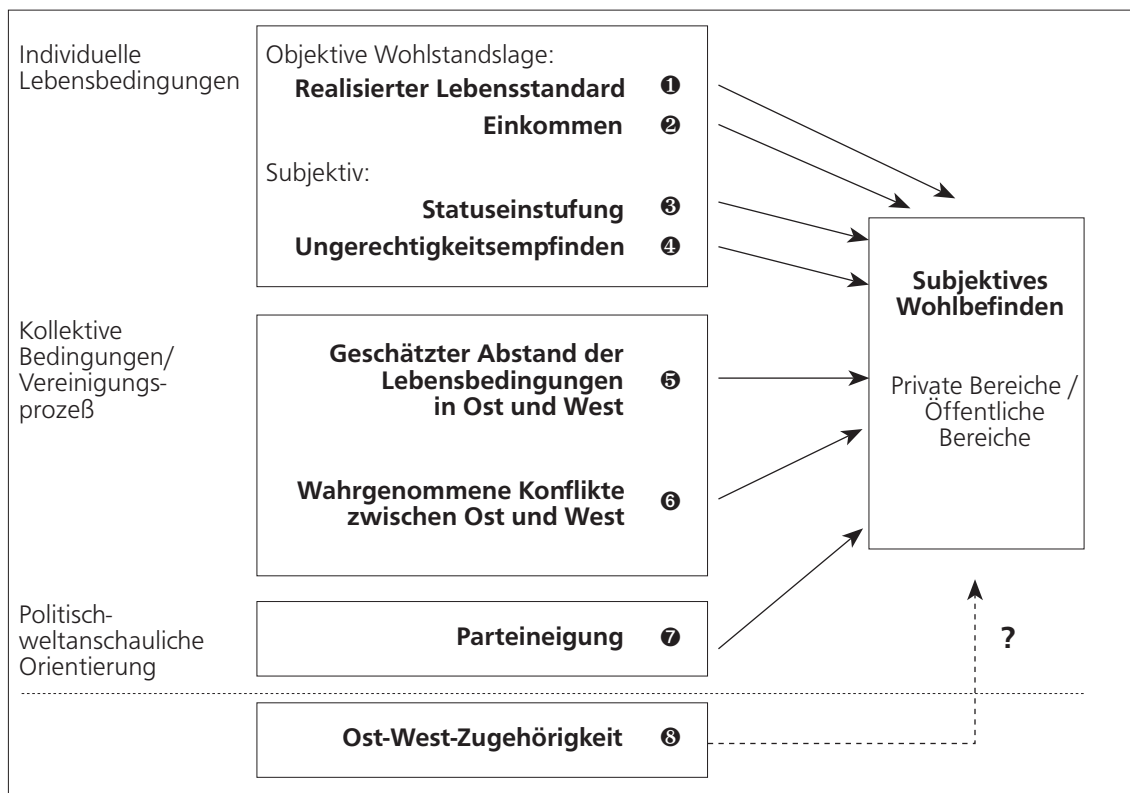


schen Bürger ohne eine Parteipräferenz; rund die Hälfte der Ostdeutschen gibt an, keiner Partei nahestehen, von den Westdeutschen sind es ein Drittel.

Mit multivariaten Verfahren (Regressionsanalyse) kann geklärt werden, ob durch die Hinzunahme dieser fünf Variablen zum bisherigen Modell (Wohlstandslage und Ost-West) die "Ost-West-Zugehörigkeit" als Einflußfaktor verschwindet. Dann wäre inhaltlich geklärt, was genau hinter diesem Effekt steht. Dieser erwartete Substitutionseffekt ist in Abbildung 7 dargestellt.¹³

(1) Bei der Zufriedenheit mit dem Lebensstandard ergibt sich der erwartete Substitutionseffekt. Die Ost-West-Zugehörigkeit spielt in diesem Modell keine Rolle mehr (vgl. Tabelle 7). Die objektive Wohlstandslage (v.a. über den realisierten Lebensstandard) und die subjektive soziale Selbsteinstufung bestimmen hauptsächlich die Zufriedenheit. Von mittlerer Bedeutung ist das persönliche Gerechtigkeitsempfinden. Der kollektive Vergleich der Lebensbedingungen in den alten und neuen Bundesländern ist zwar ebenfalls signifikant, beeinflusst aber nur schwach die Zufriedenheit. Die niedrigere Zufriedenheit der Ostdeutschen ist also ganz überwiegend auf die im Vergleich schlechtere objektive Lage und zusätzlich auf die negativere subjektive Einschätzung - niedrigere Selbstpositionierung, größere Gerechtigkeitslücke - zurückzuführen.

Abbildung 7: Übersicht über die Variablen des Erklärungsmodells



(2) Auch bei der Beurteilung der Demokratie wird die Ost-West-Zugehörigkeit substituiert. Im Unterschied zur Bewertung des Lebensstandards ist aber der Einfluß der objektiven Wohlstandslage nur schwach (vgl. Tabelle 8). Ob die Bürger mit den demokratischen Einrichtungen zufrieden sind oder nicht, hängt vielmehr fast gleichgewichtig von der subjektiven Einstufung der eigenen Lage, der kollektiven Vereinigungsbilanz (v.a. über den Vergleich der Lebensbedingungen in beiden Landesteilen) und der politischen Orientierung ab. Personen ohne Affinität zu einer Partei sind unzufriedener als die Referenzgruppe der Unions-Anhänger, wobei der Wirkungspfeil in beide Richtungen gedacht werden kann: Diejenigen, die im Angebot der verschiedenen Parteien kein passendes finden, mögen die demokratischen Einrichtungen schlechter bewerten; ebenso ist denkbar, daß diese Gruppe sich deshalb für keine Partei erwärmen kann, weil sie so unzufrieden ist. Bei der subjektiven Wahrnehmung der eigenen Lebensbedingungen ist das Ungerechtigkeitsempfinden nur als Interaktionsvariable mit dem Landesteil bedeutsam. Nur bei den Ostdeutschen senkt das Gefühl, aktuell schlechtere Lebensbedingungen zu haben als einem gerechterweise zukommen, die Zufriedenheit mit den demokratischen Institutionen. Bei den Westdeutschen ist dieser Effekt nicht zu finden. Da die objektive Wohlstandslage von untergeordneter Bedeutung ist, kann das schlechtere Urteil der Ostdeutschen über die Demokratie nicht durch die noch bestehende Wohlstandslücke zwischen Ost und West auf

Tabelle 7: Determinanten der Zufriedenheit mit dem Lebensstandard (Regressionen)

Erklärende Variablen	Beta	Rang Einfluß-Stärke
Individuelle Lebensbedingungen (objektive Wohlstandslage)		
Niedriger Lebensstandard	-.31**	1
Einkommen	.10**	4
Individuelle Lebensbedingungen (subjektiv)		
Statuseinstufung	.28**	2
Ungerechtigkeitsempfinden	-.18**	3
Kollektive Bedingungen/Vereinigungsprozeß		
Geschätzter Abstand der Lebensbedingungen zwischen beiden Landesteilen (besser im eigenen)	.07*	5
Wahrgenommene Konflikte zwischen Ost und West	nicht signifikant	
Politisch-weltanschauliche Orientierung		
Parteineigung	nicht signifikant	
Catch-all-Variable Landesteil		
Ost-West-Zugehörigkeit (Referenzgruppe = West)	nicht signifikant	
<i>Erklärte Varianz</i>	<i>42%</i>	

** = .01 Signifikanzniveau; * = .05 Signifikanzniveau. Interaktionseffekte zwischen Ost-West-Zugehörigkeit und den anderen erklärenden Variablen nicht signifikant
Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1998.

Tabelle 8: Determinanten der Zufriedenheit mit den demokratischen Einrichtungen (Regressionen)

Erklärende Variablen	Beta	Rang Einfluß-Stärke
Individuelle Lebensbedingungen (objektive Wohlstandslage)		
Niedriger Lebensstandard	-.10**	4
Einkommen	nicht signifikant	
Individuelle Lebensbedingungen (subjektiv)		
Statuseinstufung	.16**	1
Ungerechtigkeitsempfinden	nicht signifikant	
Interaktionseffekt Ungerechtigkeitsempfinden x ostdeutsch	-.09**	5
Kollektive Bedingungen/Vereinigungsprozeß		
Geschätzter Abstand Lebensbedingungen zwischen beiden Landesteilen (besser im eigenen)	.12**	3
Wahrgenommene Konflikte zwischen Ost und West	-.09**	5
Politisch-weltanschauliche Orientierung (Referenzgruppe = Union)		
SPD	nicht signifikant	
FDP	nicht signifikant	
Bündnis 90/Die Grünen	nicht signifikant	
PDS	nicht signifikant	
Parteilos	-.15**	2
Catch-all-Variable Landesteil		
Ost-West-Zugehörigkeit (Referenzgruppe = West)	nicht signifikant	
<i>Erklärte Varianz</i>	<i>14%</i>	

** = .01 Signifikanzniveau; * = .05 Signifikanzniveau. Alle nicht aufgeführten Interaktionseffekte sind statistisch nicht signifikant.
Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1998.

Tabelle 9: Determinanten der Bewertung der Verteilungsgerechtigkeit (Regressionsanalyse)

Erklärende Variablen	Beta	Rang Einfluß-Stärke
Individuelle Lebensbedingungen (objektive Wohlstandslage)		
Lebensstandard	Nicht signifikant	
Einkommen	Nicht signifikant	
Individuelle Lebensbedingungen (subjektiv)		
Statuseinstufung	.11**	5
Ungerechtigkeitsempfinden	-.07*	7
Kollektive Bedingungen/Vereinigungsprozeß		
Geschätzter Abstand Lebensbedingungen zwischen den beiden Landesteilen	Nicht signifikant	
Wahrgenommene Konflikte zwischen Ost und West	-.09**	6
Politisch-weltanschauliche Orientierung (Referenzgruppe = Union)		
SPD	-.20**	1
FDP	Nicht signifikant	
Bündnis 90/Die Grünen	-.20**	1
Interaktionseffekt Bündnis 90/Die Grünen x ostdeutsch	.06*	8
PDS	-.19**	3
Parteilos	-.18**	4
Catch-all-Variable Landesteil		
Ost-West-Zugehörigkeit (Referenzgruppe = West)	Nicht signifikant	
Erklärte Varianz	15%	

** = .01 Signifikanzniveau; * = .05 Signifikanzniveau. Alle nicht aufgeführten Interaktionseffekte sind statistisch nicht signifikant.

Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1998.

individueller Ebene erklärt werden. Vielmehr sind die Wahrnehmung einer kollektiven Benachteiligung in den Lebensbedingungen, die inferiore Statuseinstufung und die Unterschiede in den Parteipräferenzen ausschlaggebend. Generell läßt sich die Demokratiezufriedenheit aber viel schlechter erklären als die Zufriedenheit mit materiellen Bedingungen.

(3) Bei der Bewertung der Gerechtigkeit der sozialen Unterschiede in unserem Land ist die parteipolitische Ausrichtung mit Abstand am wichtigsten (vgl. Tabelle 9). Sie steuert mehr als Dreiviertel zur erzielten Varianzaufklärung bei. Man erkennt im großen und ganzen die erwartete Links-Mitte-Rechts-Abstufung. Allerdings ist die Anhängerschaft von SPD bzw. Bündnis 90/Die Grünen, nach Bereinigung der anderen Einflußfaktoren, noch kritischer eingestellt als die der PDS. Alle genannten Parteien verstehen sich als Parteien des linken Spektrums, die für mehr soziale Gerechtigkeit – und gemeint ist hierbei mehr Gleichheit – eintreten. Allerdings sind nur die westdeutschen Anhänger von Bündnis 90/Die Grünen kritisch eingestellt, nicht die ostdeutschen, wie sich aus der Betrachtung der Interaktionsvariablen ergibt. Meinungsumfragen zufolge sehen die Ostdeutschen vor allem die PDS als Partei der sozialen Gerechtigkeit (59% gegenüber 35% im Westen, vgl. die Woche 45/1999). Aber auch die Parteilosen (und diese Gruppe ist in den

neuen Bundesländern wie gesehen sehr stark besetzt) sehen mehr Gerechtigkeitsdefizite als die Referenzgruppe der Unionsanhänger. Als weitere Determinanten beeinflussen ein Mix aus individueller Lage (allerdings nur subjektiv) und der kollektiv-orientierten Konfliktwahrnehmung zwischen Ost- und Westdeutschen das Urteil der Bürger. Dies spricht dafür, daß Gerechtigkeitsdefizite umfassender gesehen werden als nur auf materielle Lebensbedingungen beschränkt. Die objektive Wohlstandslage hat keinen Einfluß auf die Gesellschaftsbewertung – dieser Einflußfaktor wird ebenso substituiert wie die Ost-West-Zugehörigkeit.

(4) Anhand dieser Ergebnisse ist exemplarisch angebar, was sich hinter den Ost-West-Unterschieden im subjektiven Wohlbefinden verbirgt. Für die Bewertung des eigenen Lebensstandards sind es nahezu ausschließlich individuelle sozioökonomische Faktoren und deren subjektive Einschätzungen. Bei der Gerechtigkeitsbewertung sind es überwiegend politische Orientierungen, die viel mit Werten und der Sozialisation in unterschiedlichen Gesellschaftssystemen zu tun haben. Für die Demokratiezufriedenheit ist es ein Mix aus individuellen subjektiven Einschätzungen, Bewertungen von Verlauf und Ergebnissen des Vereinigungsprozesses auf kollektiver Ebene und politischer Orientierung. Deutlich geworden ist auch, daß bei den öffentlichen Bereichen die objektive individuelle Lage wenig ausschlaggebend ist.

Mit Blick auf die oben skizzierte Debatte “Sozialisation versus Situation” macht es diese Heterogenität unmöglich, pauschal Sozialisation oder Situation als Begründung für innerdeutsche Unterschiede heranzuziehen. Vielmehr scheint es so, daß je nach Bewertungsobjekt situative Einflüsse und sozialisatorisches Erbe unterschiedliches Gewicht haben. Dort, wo die Sozialisation erkennbar eine Rolle spielt, ist zudem von einem Zusammenspiel auszugehen, wie das Beispiel Verteilungsgerechtigkeit deutlich macht: Die Probleme und unerwünschten Folgen der Transformation werden vor dem Hintergrund der “sozialistischen” Ideale interpretiert und dadurch z.B. egalitäre Werthaltungen aktualisiert (vgl. Gibas 1999). Die strikte Gegenüberstellung - Sozialisation oder Situation - ist also in einem doppelten Sinne eine falsche Alternative.

5 Schlußfolgerungen und Perspektiven: Warum die materielle Einheit nicht automatisch die innere Einheit bringt

Was bedeutet dies nun für den Fortgang des Vereinigungsprozesses und unsere eingangs formulierte Fragestellung?

(1) Grundsätzlich ist zu vermuten, daß sich Ost und West im subjektiven Wohlbefinden und der Bewertung der Qualität der Gesellschaft weiter annähern werden, wenn sich der individuelle Wohlstand in beiden Landesteilen weiter angleicht. Hier ist Walz/Brunner (1997) zuzustimmen: Das Einlösen des Versprechens gleichwertiger Lebensverhältnisse ist ein wichtiger Schritt zur inneren Einheit.

(2) Eine solche Angleichung der objektiven Lebensbedingungen ist aber, zumindest auf kurze Sicht, nicht zu erwarten. Die Ostdeutschen verfügen über geringeres Vermögen, da sie über Jahrzehnte viel schlechtere Chancen hatten, Wohlstand zu akkumulieren. Dies gilt insbesondere für Produktivvermögen, aber auch für Geldvermögen und Immobilienbesitz. Nach Berechnungen des Statistischen Bundesamtes hat ein durchschnittlicher Arbeitnehmerhaushalt (ein Hauptverdiener mit Partner und zwei Kindern) im Westen monatliche Vermögenseinkünfte von 650 DM, im Osten von 226 DM. Wohneigentum ist in allen Altersgruppen – mit Ausnahme der unter 35jährigen - im Westen weiter verbreitet als im Osten, mit Abständen zwischen 10 und 25 Prozentpunkten. Zudem scheint der verbleibende Einkommensabstand, sowohl beim Haushalts- als auch beim Erwerbseinkommen, seit ein, zwei Jahren konstant zu bleiben und nicht weiter zu schrumpfen. Die wirtschaftliche Entwicklung in den neuen Bundesländern gibt aus ökonomischer Sicht keinen Spielraum für größere Einkommensverbesserungen. Eine weitere Angleichung über Transferzahlungen scheint ebenfalls kaum realisierbar.

In der materiellen Lage werden wohl auf längere Sicht Ost-West-Ungleichheiten bestehen bleiben; Ungleichheiten, die stärker ausgeprägt sind als regionale Disparitäten in der alten Bundesrepublik. Einer jüngsten Umfrage zufolge rechnen die Deutschen realistischere mit einem zeitlich gestreckten Angleichungsprozeß: Nur 17% der Deutschen glauben, daß es den Ostdeutschen innerhalb von fünf Jahren genauso gutgehen wird wie den Westdeutschen. 35% erwarten dies innerhalb von zehn Jahren, und 40% setzen dafür mehr als zehn Jahre an (vgl. Inter/esse 11/1999: 4). In ihren Erwartungen sind die Ostdeutschen deutlich zurückhaltender als die Westdeutschen, 57% rechnen mit mehr als zehn Jahren bis zur Angleichung, im Westen sind es 36%.

Es steht aber außer Frage, daß die Wohlstandslücke von den Ostdeutschen als ungerecht empfunden wird. Strukturell bedingte Produktivitätsunterschiede mögen volkswirtschaftlich die niedrigeren Arbeitseinkommen in Ostdeutschland rechtfertigen, da ist den Ökono-

men zuzustimmen. Die Menschen jedoch messen Einkommensgerechtigkeit an einem anderen Maßstab, nämlich am individualistischen Maßstab "gleicher Lohn für gleiche Arbeit" (vgl. Geißler 1993a: 19).

Weiterhin ist die Struktur der Berufspositionen in den alten und neuen Bundesländern eine andere. Insbesondere gibt es weniger hohe und höchste Leitungspositionen in den neuen Bundesländern, weil es weniger große und international konkurrenzfähige Ost-Unternehmen gibt und viele Management-Funktionen von den westdeutschen Zentralen aus geleistet werden. Hofmann/Rink (1999: 164/167) sehen ein grundsätzliches "Problem der Mitte": "Es ist also kaum zu erwarten, daß sich die Mitte der ostdeutschen Sozialstruktur quantitativ erweitert und in etwa das gleiche Ausmaß der westdeutschen Mitte erreicht. (...) Eine Mittelschichtgesellschaft westdeutscher Prägung wird in Ostdeutschland nicht entstehen..." Ein weiteres strukturelles Hemmnis ist die hohe Arbeitslosigkeit in den neuen Bundesländern, deren Abbau auch für die nächsten Jahre unwahrscheinlich ist. Damit ist auch weiterhin eine starke Abhängigkeit von staatlichen Transferleistungen und eine geringere Stetigkeit der Einkommen gegeben. Auch aus diesen strukturellen Gründen werden die obersten Etagen des Wohlstandshauses im Osten dauerhaft schwächer besetzt sein als im Westen, die untersten etwas stärker. Wenn es also ein "Problem der Mitte" gibt, dann ist es eher ein "Problem der oberen Mitte".

(3) Selbst bei einer Angleichung der materiellen Lagen zwischen Ost und West ist nicht automatisch von einer vollständigen Angleichung der Zufriedenheiten auszugehen. Hier vertrauen Walz/Brunner (1997) mit ihrer erwähnten These zu stark auf eine Verbindung von individueller Lage und Wohlbefinden. Dies gilt insbesondere für die Bewertung der Demokratie und der sozialen Gerechtigkeit. Die materielle Angleichung ist demnach notwendig, aber möglicherweise nur in einigen Bewertungsbereichen (z.B. der Zufriedenheit mit Einkommen oder Lebensstandard) auch hinreichende Bedingung für eine weitere Annäherung im subjektiven Wohlbefinden. Denn eine weitere Verbesserung der eigenen materiellen Lage muß in Ostdeutschland nicht zwangsläufig und nicht im Verhältnis 1:1 mit einer höheren Selbsteinstufung auf der sozialen Leiter oder mit einer besseren Bewertung des Verhältnisses von Ost- und Westdeutschen einhergehen. Nach wie vor ist das Gefühl des westlichen Übergewichts vorhanden und hat eben nicht nur eine materielle Dimension. Gerade die hohe Arbeitslosigkeit in den neuen Bundesländern wird häufig als Beleg für eine Vernachlässigung der ostdeutschen Interessen durch die Bundespolitik interpretiert.

Es ist durchaus denkbar, daß die Befindlichkeiten der Ostdeutschen dem Tocqueville-Paradox folgen, wie Geißler (1993b: 591) argumentiert. Tocqueville (1985) hat 1835 das Paradox formuliert, daß das Verlangen nach Gleichheit zunimmt, je größer die Gleichheit in einer Gesellschaft ist. Deshalb könne trotz einer Annäherung der materiellen Verhältnisse der noch verbleibende Abstand immer stärker skandalisiert werden und für Unzufriedenheit sorgen. Und schließlich ist dort, wo über situative – also vereinigungsbedingte – Einflüsse hinaus die Sozialisation in einem anderen Gesellschaftssystem die Einstellungen und Bewertungen mitbestimmt, ohnehin ein längerer Zeithorizont für Um-Wertungen anzusetzen. Auch die Wahlergebnisse der letzten Jahre deuten auf dauerhafte Unterschiede

in den politischen Orientierungen hin. Während SPD und Union in beiden Landesteilen feste Größen sind, ist die PDS eine reine Ost-Partei, Bündnis 90/Die Grünen und die F.D.P. reine West-Parteien.

(4) Auch bei einer weiteren Konvergenz der materiellen Lebensbedingungen sind Ost-West-Unterschiede in der subjektiven Bewertung der deutschen Gesellschaft wahrscheinlich. Darin liegt unseres Erachtens aber nichts Dramatisches: Die Leitvorstellung annähernd "gleichwertiger Lebensverhältnisse", also die objektive Dimension, ist als Kriterium für einen geglückten Vereinigungsprozeß schlüssiger als die Vorstellung identischer Zufriedenheiten und Systembewertungen.

Wo eine solche Gleichwertigkeit der objektiven Lebensverhältnisse in dem Sinne noch nicht erreicht ist, daß gravierende Nachteile in den Lebenschancen bestehen, dort liegen die größten noch anzugehenden Defizite. Zu nennen sind insbesondere die Strukturschwäche der Wirtschaft in vielen Regionen Ostdeutschlands und die schlechte Arbeitsmarktlage, die in weiten Teilen deutlich schlechter ist als die westdeutscher Problemregionen. Im Bereich von subjektiven Einschätzungen und Einstellungen liegt dagegen der Schlüssel zur Einheit vielleicht gerade in der Anerkennung der Verschiedenheiten (vgl. Steinbach 1998). Solange ein Grundkonsens über gesellschaftliche Basisinstitutionen - über Demokratie, über Rechtsstaat, über soziale Marktwirtschaft - nicht gefährdet ist, können Beurteilungen und Einschätzungen von Ost- und Westdeutschen durchaus auseinandergehen. Denn letztlich ist Demokratie die Kunst, sich zu einigen, nicht, einig zu sein.

Anmerkungen

- 1 Dieses Arbeitspapier ist die erweiterte Fassung eines Vortrages auf der Konferenz der Sektion Sozialindikatoren in der DGS: "10 Jahre nach dem Fall der Mauer: Gleichwertige Lebensverhältnisse oder bleibende Ungleichheit?". Die Konferenz wurde in Zusammenarbeit mit der Abteilung Sozialstruktur und Sozialberichterstattung des Wissenschaftszentrum Berlin (WZB) organisiert und fand vom 21.-22. Oktober 1999 in Berlin statt.
- 2 Der Wohlfahrtssurvey (WS) ist eine Repräsentativbefragung mit dem Ziel der Wohlfahrtsmessung und der Erfassung der Lebensqualität mit ihren objektiven und subjektiven Komponenten (vgl. Habich/Noll/Zapf 1999: 2). Er wird seit 1978 in regelmäßigen Abständen erhoben (seit 1990 auch in Ostdeutschland) und gehört zu den wichtigsten Instrumenten der gesellschaftlichen Dauerbeobachtung. Für den WS 1998 wurden 3042 Personen befragt, davon 2007 in Westdeutschland und 1035 in Ostdeutschland. Für die Analysen in diesem Arbeitspapier wurden aufgrund der Thematik die Befragten ohne deutsche Staatsbürgerschaft nicht berücksichtigt. Die Fallzahl liegt daher bei insgesamt 2945 Personen (1917 West, 1028 Ost).
- 3 Ein Einkommen von mehr als einer Million Mark versteuerten im letzten Jahr 260 Ostdeutsche und 25 000 Westdeutsche (nach Der Spiegel 45/1999). Dies entspricht einem Verhältnis von ungefähr 1:100, bei einem Bevölkerungsverhältnis von 1:4.
- 4 Erfragt wurde das monatliche Netto-Haushaltseinkommen auf folgende Weise: "Können Sie mir bitte sagen, wie hoch das monatliche Netto-Einkommen ihres Haushaltes ist? Ich meine also das gesamte Einkommen aller Mitglieder, die zum Haushaltseinkommen beitragen, nach Abzug der Steuern, Sozialabgaben und einmaliger Bezüge. Bitte vergessen sie auch nicht, eventuelle zusätzliche Einnahmen wie Wohngeld, Kindergeld usw. zum Netto-Einkommen hinzuzurechnen. Die Äquivalenzgewichtung wurde nach der Buhmann et al.-Skala vorgenommen, mit $\Phi = 0,55$ (vgl. zu verschiedenen Äquivalenzskalen zusammenfassend Hauser 1995).
- 5 Es handelt sich dabei um den sog. *Proportionalen Deprivations-Index* (vgl. Halleröd 1995, Halleröd/Bradshaw/Holmes 1997, Böhnke/Delhey 1999). Bei der Berechnung werden zwei Informationen benutzt: die individuelle Information, ob sich der Befragte die Items der Lebensstandard-Liste leisten kann oder nicht; und die aggregierte Information, wieviel Prozent der Bevölkerung die entsprechenden Items als unbedingt notwendig für ein angemessenes Leben einstufen. Der Deprivationswert einer Person erhöht sich also mit jedem Ausstattungsmerkmal, das sie sich nicht leisten kann, und zwar um so mehr, je mehr Befragte dieses Item für notwendig erachten. Auf diesem Wege wird über alle Merkmale der Liste ein Summenindex gebildet. Ein Wert von Null sagt aus, daß sich eine Person prinzipiell alles leisten kann oder könnte; je größer der Wert des PDI, desto niedriger der Lebensstandard, gemessen am Anspruchsniveau der Bevölkerung. Wie beim Einkommen auch wurde bei der Deprivation eine gesamtdeutsche Verteilung berechnet.
- 6 Weitere Auswertungen haben gezeigt, daß man für das unterste Zehntel der Bevölkerung von einem gravierend eingeschränkten Lebensstandard sprechen kann. Diese Bevölkerungsgruppe kann sich im Schnitt 11 der 22 abgefragten Lebensstandard-Merkmale nicht leisten.
- 7 Bei repräsentativen Befragungen wie dem Wohlfahrtssurvey bezeichnet Reichtum eine qualitativ vom Durchschnitt abgehobene Bedürfnisbefriedigung, mit dem ein sehr großer Spielraum im Ausgabenverhalten und eine hohe Sparquote einhergeht (vgl. Huster 1993: 47). Dies bedeutet nicht unbedingt, Millionär zu sein. Das höchste im WS 98 angegebene monatliche Haushaltseinkommen (Netto-Äquivalenz) beträgt 37.600 DM.
- 8 Gleichwohl sind Einkommensdaten in Umfragen ein sensibles Thema, und die Verweigerungsraten sind generell hoch (vgl. Hoffmeyer-Zlotnik/Warner 1998). Im WS 98 liegen von 23% der Befragten keine Angaben zum Haushaltseinkommen vor, ein für Repräsentativbefragungen durchaus normaler Wert (ebd.: 43ff.). Bei der Lebensstandard-Liste ist die Verweigerungsrate hingegen sehr niedrig und liegt bei nur 2%. Kumuliert konnte so 24% der Befragungspersonen keine Wohlstandsposition zugewiesen werden.
- 9 Erinnert sei daran, daß die in Deutschland lebenden Ausländer nicht berücksichtigt worden sind. In seinem Haus-Modell sieht Geißler (1992: 76) für die ausländischen Mitbürger einen Anbau an das deutsche Wohlstandshaus vor. Den Großteil der ausländischen Bevölkerung sieht er dabei auf einer Stufe mit den deutschen Randschichten bzw. den un- und angelernten Arbeitern und einfachen Dienstleistungstätigen.

- 10 In diesem Zusammenhang ist wichtig, daß im Wohlfahrtssurvey die Zufriedenheit mit den demokratischen Einrichtungen gemessen wird, nicht eine demokratische Grundeinstellung an sich. Um Eastons Unterscheidung zu bemühen: Gemessen wird die *spezifische Unterstützung* des demokratischen Systems, nicht die *diffuse Unterstützung* (vgl. dazu Meyer 1994: 29ff.). Aus diesem Indikator läßt sich deshalb *nicht* ablesen, daß die Ostdeutschen weniger demokratisch eingestellt sind als die Westdeutschen.
- 11 Als “bessere” bzw. “schlechtere” Lebensbedingungen wurde ein Abstand von 2 Skalenpunkten eingestuft, als “deutlich bessere” bzw. “deutlich schlechtere” Lebensbedingungen ein Abstand von 3 oder mehr Skalenpunkten.
- 12 Gefragt wurde, ob und wenn ja welcher Partei die Befragten im allgemeinen zuneigen. Der einleitende Satz lautete: “Viele Leute in Deutschland bevorzugen eine bestimmte politische Partei, auch wenn sie vielleicht gelegentlich für eine andere Partei stimmen.” Durch diese Formulierung soll auf eine relativ stabile Präferenz für eine Partei abgehoben werden. Es handelt sich also nicht um die “Sonntagsfrage”. Gleichwohl unterliegt die Parteineigung natürlich Schwankungen (auch beeinflusst von Schwankungen des öffentlichen Meinungsklimas). Gerade im Osten Deutschlands ist die Parteibindung eher schwach ausgeprägt. Ein anderer Indikator (etwa die Einstufung auf einer Links-Rechts-Skala) steht allerdings nicht zur Verfügung. Für die folgenden Regressionsanalysen wurden Dummy-Variablen gebildet; die Anhänger der Union dienten als Referenzgruppe.
- 13 Mit ins Modell aufgenommen werden zusätzlich die Interaktionsvariablen zwischen den einzelnen unabhängigen Variablen und der “Catch-all-Variable” Ost-West-Zugehörigkeit. So kann geprüft werden, ob einzelne Effekte *nur* in den alten bzw. den neuen Bundesländern auftauchen, also spezifisch für die jeweilige Bevölkerung sind.

Literatur

- Argyle, M. (1999): Causes and Correlates of Happiness. In: Kahnemann, D./Diener, E./Schwarz, N. (Eds.): Well-Being: The Foundations of Hedonic Psychology. New York, S. 353-373.
- Becker, P. (1991): Theoretische Grundlagen. In: Abele, A./Becker, P. (Hg.): Wohlbefinden. Theorie, Empirie, Diagnostik. Weinheim, S. 13-49.
- Berger, H./Schultz, A. (1999): Ostdeutsche Privathaushalte im Spannungsfeld von Integration und Differenzierung. In: Berger, H. u.a.: Privathaushalte im Vereinigungsprozeß. Ihre soziale Lage in Ost- und Westdeutschland. Reihe Stiftung der private Haushalte, Bd. 35. Frankfurt/Main, New York.
- Böhnke, P./Delhey, J. (1999): Lebensstandard und Armut im vereinten Deutschland. Arbeitspapier FS III 99-408 des Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung.
- Bulmahn, T. (1999): Attribute einer lebenswerten Gesellschaft: Freiheit, Wohlstand, Sicherheit und Gerechtigkeit. Arbeitspapier FS III 99-411 des Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung.
- Bundesministerium des Innern (1997): Jahresbericht der Bundesregierung zum Stand der Deutschen Einheit. Bonn.
- Cowell, F. A./Jenkins, S. P./Litchfield, J. A. (1996): The changing shape of the UK income distribution: kernel density estimates. In: Hills, J. (Ed.): New Inequalities. The changing distribution of income and wealth in the United Kingdom. Cambridge, S. 49-75.
- Dahrendorf, R. (1965): Gesellschaft und Demokratie in Deutschland. München.
- Delhey, J. (1999a): The Impact of Exogenous Transformation on Attitudes: East Germany and other Post-Communist Societies Compared. Vortrag im Rahmen des DAAK/GAAC Summer Institute: "The Unification of Germany – Problems of Transition in Comparative Perspective." Erfurt, 25. Juli – 06. August 1999. (Manuskript beim Autor erhältlich, delhey@medea.wz-berlin.de).
- Delhey, J. (1999b): Zwischen Marx und Markt. Soziale Ungleichheit und soziales Bewußtsein in postsozialistischen Transformationsländern. Unveröffentlichte Dissertation, Berlin.
- Der Spiegel (45/1999): Ein Experiment für die Zukunft. <http://www.spiegel.de/spiegel/0,1518,521257,00.html>.
- Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (22/1990): Das Einkommen sozialer Haushaltsgruppen in der Bundesrepublik Deutschland im Jahr 1988. In: DIW-Wochenbericht 22/1990, S. 304-313.
- Die Woche (45/1999): Eine Partei für alle Lebenslagen. Die Woche vom 5. Nov. 1999, S. 6/7.
- Dümcke, W./Vilmar, F. (1995): Kolonialisierung der DDR. Kritische Analysen und Alternativen des Einigungsprozesses. Münster.
- Duncan, O. D. (1975): Does Money Buy Satisfaction? In: Social Indicators Research, No. 2, 1975, S. 267-274.
- Easterlin, R. A. (1974): Does Economic Growth Improve the Human Lot. Some Empirical Evidence. In: David, P. A./Reder, M. W. (Eds.): Nations and Households in Economic Growth. New York/London, S. 89-125.

- Fuchs, D./Roller, E./Weßels, B. (1997): Die Akzeptanz der Demokratie des vereinigten Deutschland. Oder: Wann ist ein Unterschied ein Unterschied? In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 51/97, 12. Dez. 1997, S. 3-12.
- Gensicke, T. (1996): Ostdeutschland 1989-1995 im Wandel. Objektive und subjektive Umbrüche. In: Journal für Sozialforschung, 36. Jg. (1996), Heft 1, S. 43-72.
- Gensicke, T. (1998): Die neuen Bundesbürger. Eine Transformation ohne Integration. Opladen.
- Geißler, R. (1992): Die Sozialstruktur Deutschlands. Opladen.
- Geißler, R. (1993a): Sozialer Umbruch in Ostdeutschland. Einleitende Bemerkungen. In: Ders. (Hg.): Sozialer Umbruch in Ostdeutschland. Opladen, S. 7-31.
- Geißler, R. (1993b): Sozialer Wandel. In: Weidenfeld, W./Korte, K.-R. (Hg.): Handbuch zur Deutschen Einheit. Bonn, S. 581-593.
- Gibas, M. (1999): "Die DDR – das sozialistische Vaterland der Werktätigen!". Anmerkungen zur Identitätspolitik der SED und ihrem sozialisatorischen Erbe. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 39-40/99, S. 21-30.
- Glatzer, W. (1984a): Unzufriedenheit und gesellschaftliche Konflikte. In: Glatzer, W./Zapf, W. (1984): Lebensqualität in der Bundesrepublik. Objektive Lebensbedingungen und subjektives Wohlbefinden. Reihe Mikroanalytische Grundlagen der Gesellschaftspolitik, Band 10. Frankfurt/Main, S. 206-220.
- Glatzer, W. (1984b): Einkommensverteilung und Einkommenszufriedenheit. In: Glatzer, W./Zapf, W. (1984): Lebensqualität in der Bundesrepublik. Objektive Lebensbedingungen und subjektives Wohlbefinden. Reihe Mikroanalytische Grundlagen der Gesellschaftspolitik, Band 10. Frankfurt/Main, S. 45-72.
- Habich, R. (1996): Problemgruppen und Armut: Zur These der Zwei-Drittel-Gesellschaft. In: Zapf, W./Habich, R. (Hg.): Wohlfahrtsentwicklung im vereinten Deutschland. Sozialstruktur, sozialer Wandel und Lebensqualität. Berlin, S. 161-185.
- Habich, R. (1999): Stichwort "Lebensbedingungen". In: Weidenfeld, W./Korte, K.-R. (Hg.): Handbuch zur Deutschen Einheit. 1949-1989-1999. Neuausgabe 1999. Bonn, S. 523-538.
- Habich, R./Noll, H.-H./Zapf, W. (1999): Subjektives Wohlbefinden in Ostdeutschland nähert sich westdeutschem Niveau. Ergebnisse des Wohlfahrtssurveys 1998. In: Informationsdienst Soziale Indikatoren, Ausgabe 22, Juli 1999.
- Halleröd, B. (1995): The Truly Poor: Direct and Indirect Consensual Measurement of Poverty in Sweden. In: Journal of European Social Policy, 1995, 5 (2), S. 111-129.
- Halleröd, B./Bradshaw, J./Holmes, H. (1997): Adapting the consensual definition of poverty. In: Gordon, D./Pantazis, C. (Ed.): Breadline Britain in the 1990s. Aldershot, S. 213-234.
- Hauser, R. (1995): Zur Messung individueller Wohlfahrt und Verteilung. In: Statistisches Bundesamt (Hg.): Wohlfahrtsmessung - Aufgabe der Statistik im gesellschaftlichen Wandel. Beiträge zum wissenschaftlichen Kolloquium am 16./17. November 1995 in Wiesbaden. Stuttgart, S. 13-38.
- Headey, B./Wearing, A. (1992): Understanding Happiness. A theory of subjective well-being. Melbourne.
- Hoffmeyer-Zlotnik, J.H.P./Warner, U. (1998): Die Messung von Einkommen im nationalen und internationalen Vergleich. In: ZUMA-Nachrichten 42, Jg. 22, S. 30-59.

- Hofmann, M./Rink, D. (1999): Das Problem der Mitte. Mittelstands- und Mittelschichtentwicklung im Osten Deutschlands. In: Glatzer, W./Ostner, I. (Hg.): Deutschland im Wandel: sozialstrukturelle Analysen. Opladen, S. 149-168.
- Hübinger, W. (1999): Prekärer Wohlstand. Spaltet eine Wohlstandsschwelle die Gesellschaft? In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B18/99, S. 18-26.
- Huster, E.-U. (1993): Einkommensverteilung und hohe Einkommen in Deutschland. In: Huster, E.-U. (Hg.): Reichtum in Deutschland. Der diskrete Charme der sozialen Distanz. Frankfurt am Main, New York, S. 22-53.
- Inglehart, R. (1990): Culture Shift in Advanced Industrial Society. Princeton.
- Inter/esse (11/1999): Die innere Einheit kommt voran, der Optimismus steigt. In: Inter/esse Nr.11/1999: Das vereinte Deutschland auf der Suche nach sich selbst. Herausgegeben vom Bundesverband Deutscher Banken, Berlin, S. 4.
- Kaase, M. (1999): Stichwort "Innere Einheit". In: Weidenfeld, W./Korte, K.-R. (Hg.): Handbuch zur Deutschen Einheit. 1949-1989-1999. Neuausgabe 1999. Bonn, S. 454-466.
- Meyer, G. (1994): Democratic Legitimacy in Post-Communist Societies: Concepts and Problems. In: Bozoki, A. (ed.): Democratic Legitimacy in Post-Communist Societies. Budapest, pp. 13-56.
- Miegel, M. (1983): Die verkannte Revolution (I). Einkommen und Vermögen der privaten Haushalte. Stuttgart.
- Noll, H.-H. (1996): Ungleichheit der Lebenslagen und ihre Legitimation im Transformationsprozeß: Fakten, Perzeptionen und Bewertungen. In: Clausen, L. (Hg.): Gesellschaften im Umbruch. Verhandlungen des 27. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie. Frankfurt am Main/New York, S. 488-504.
- Noll, H.-H. (1997): Class, Stratification and Beyond: The German Case. In: La Revue Tocqueville/The Tocqueville Review, Vol XVIII, No. 2.
- Noll, H.-H. (1998): Wahrnehmung und Rechtfertigung sozialer Ungleichheit 1991-1996. In: Meulemann, H. (Hg.): Werte und nationale Identität im vereinten Deutschland. Erklärungsansätze der Umfrageforschung. Opladen, S. 61-84.
- Pollack, D. (1997): Das Bedürfnis nach sozialer Anerkennung. Der Wandel der Akzeptanz von Demokratie und Marktwirtschaft in Ostdeutschland. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 13/97, S. 3-14.
- Schulze, G. (1993): Soziologie des Wohlstands. In: Huster, E.-U. (Hg.): Reichtum in Deutschland. Der diskrete Charme der sozialen Distanz. Frankfurt am Main, New York, S. 182-206.
- Srubar, I. (1998): Ethnizität und sozialer Raum. In: BISS public, Heft 25, 8. Jg., 1. Halbjahresband, S. 33-49.
- Steinbach, P. (1998): Deutschland vor und seit der Wende. Von der Kenntnis zur Anerkennung der Verschiedenheiten. In: Aus Politik und Zeitgeschichte B 51/98, S. 24-30.
- Szirmai, A. (1988): Inequality observed. A study of attitudes toward income inequality. Aldershot.
- Teckenberg, W. (1996): Die Transformation Mittel-Osteuropas. Zwischen sozialistischer Nivellierung und marktwirtschaftlicher Klassenstrukturierung. In: Clausen, L. (Hg.): Gesellschaften im Umbruch. Verhandlungen des 27. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie. Frankfurt am Main, New York, S. 533-548.

- Tocqueville, A. de (1985): Über die Demokratie in Amerika. Stuttgart (ursprünglich 1835).
- van Praag, B.M.S./Frijters, P. (1999): The Measurement of Welfare and Well-Being: The Leyden Approach. In: Kahnemann, D./Diener, E./Schwarz, N. (Eds.): Well-Being: The Foundations of Hedonic Psychology. New York, S 413-433.
- Veen, H.-J. (1997): Innere Einheit – aber wo liegt sie? Eine Bestandsaufnahme im siebten Jahr nach der Wiedervereinigung Deutschlands. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 40-41/97, S. 19-28.
- Walz, D./Brunner, W. (1997): Das Sein bestimmt das Bewußtsein. Oder: Warum sich die Ostdeutschen als Bürger 2. Klasse fühlen. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 51/97, S. 13-19.
- Wegener, B./Liebig, S. (1993): Eine Grid-Group-Analyse sozialer Gerechtigkeit. Die neuen und alten Bundesländer im Vergleich. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Jg. 45, Heft 4, 1993, S. 668-690.
- Westle, B. (1994): Demokratie und Sozialismus. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Jg. 46, Heft 4, S. 571-596.
- Zapf, W. (1984): Individuelle Wohlfahrt: Lebensbedingungen und wahrgenommene Lebensqualität. In: Glatzer, W./Zapf, W. (1984): Lebensqualität in der Bundesrepublik. Objektive Lebensbedingungen und subjektives Wohlbefinden. Reihe Mikroanalytische Grundlagen der Gesellschaftspolitik, Band 10. Frankfurt/Main, S. 13-42.
- Zapf, W. (1999): Wie kann man die deutsche Vereinigung bilanzieren? Manuskript des Vortrags auf der Konferenz: "10 Jahre nach dem Fall der Mauer: Gleichwertige Lebensverhältnisse oder bleibende Ungleichheit?" Berlin, 21.-22. Oktober 1999 (Tagung der Sektion Sozialindikatoren in der DGS in Zusammenarbeit mit der Abteilung Sozialstruktur und Sozialberichterstattung des WZB).

Abteilung „Sozialstruktur und Sozialberichterstattung“

- früher: Arbeitsgruppe „Sozialberichterstattung“

Die Abteilung *Sozialstruktur und Sozialberichterstattung* hat einen grundlagenwissenschaftlichen Schwerpunkt in der Analyse des sozialstrukturellen Wandels moderner Gesellschaften und einen anwendungsorientierten Schwerpunkt in der Sozialberichterstattung; die Forschungsaufgaben liegen in der Dauerbeobachtung des sozialstrukturellen Wandels und der Wohlfahrtsentwicklung. Die theoretischen Orientierungen stammen aus der Modernisierungstheorie und der Theorie der Wohlfahrtsproduktion.

MitarbeiterInnen in der Abteilung „Sozialstruktur und Sozialberichterstattung“

Prof. Dr. Wolfgang Zapf (Leiter)
Dr. Roland Habich (Koordinator)

Petra Böhnke, Diplomsoziologin
Thomas Bulmahn, Diplomsoziologe
Dr. Jan Delhey
Dr. Katrin Gillwald

Dr. Wilhelm Hinrichs
Dr. sc. Eckhard Priller
Annett Schultz, Diplomsoziologin

Bitte senden Sie mir die folgenden Veröffentlichungen zu
Pro paper bitte **1 DM-Briefmarke** beilegen

- Bitte einen beschrifteten Adressenaufkleber beilegen •

WZB

WISSENSCHAFTSZENTRUM BERLIN
FÜR SOZIALFORSCHUNG

Paper-Nr., Autor

Name _____

Institution _____

Straße _____

Ort _____

Datum /
Unterschrift _____

Bestellung bitte einsenden an:

WZB • Abt. Sozialstruktur und Sozialberichterstattung • Reichpietschufer 50 • D - 10785 Berlin

Forschungsschwerpunkt III "Sozialer Wandel, Institutionen und Vermittlungsprozesse"

Auswahl der Arbeitspapiere (Stand: Februar 2000)

Abteilungsübergreifend

- FS III 96-301 The Mass Media and Modern Government
Kenneth Newton
- FS III 96-302 Das intermediäre System der Politik als Orientierungssystem der Bürger
Dieter Fuchs, Edeltraud Roller, Dieter Rucht und Bernhard Weßels

Abteilung 1 "Öffentlichkeit und soziale Bewegungen"

- FS III 90-101 Strukturen und Funktionen moderner Öffentlichkeit. Fragestellungen und Ansätze.
Jürgen Gerhards und Friedhelm Neidhardt
- FS III 92-101 Anbieter von öffentlichen politischen Veranstaltungen in West-Berlin.
Barbara Blattert
Nachfrager und wahrgenommenes Angebot von öffentlichen politischen Veranstaltungen in der Bundesrepublik.
Jürgen Gerhards
- FS III 92-103 Dokumentation und Analyse von Protestereignissen in der Bundesrepublik Deutschland (Prodat), Codebuch.
Dieter Rucht, Peter Hocke und Thomas Ohlemacher
- FS III 93-101 Westeuropäische Integration und die Schwierigkeiten der Entstehung einer europäischen Öffentlichkeit.
Jürgen Gerhards
- FS III 93-102 Selbstkontrolle in den Medien: Der Deutsche Presserat und seine Möglichkeiten.
Jessica Eisermann
- FS III 93-103 Prominenz in der Bundesrepublik.
Birgit Peters
- FS III 94-101 Von den Oppositionsgruppen der DDR zu den neuen sozialen Bewegungen in Ostdeutschland?
Barbara Blattert, Dieter Rink und Dieter Rucht
- FS III 95-101 A Burning Question: Explaining the Rise of Racist and Extreme Right Violence in Western Europe.
Ruud Koopmans
- FS III 95-103 German Unification, Democratization and the Role of Social Movements: A Missed Opportunity.
Dieter Rucht
- FS III 95-105 Diskursanalyse im Zeit- und Ländervergleich. Methodenbericht über eine systematische Inhaltsanalyse zur Erfassung des öffentlichen Diskurses über Abtreibung in den USA und der Bundesrepublik in der Zeit von 1970 bis 1994.
Jürgen Gerhards und Monika Lindgens
- FS III 97-101 Citizenship, National Identity and the Mobilisation of the Extreme Right. A Comparison of France, Germany, the Netherlands and Switzerland
Ruud Koopmans and Hanspeter Kriesi

- FS III 98-101 Proteststrukturen im Ost-West-Vergleich 1989 - 1992
Susann Burchardt
- FS III 98-103 Die Branchenstruktur der Markt- und Meinungsforschung in der Bundesrepublik Deutschland von 1986 bis 1996. Eine deskriptive Analyse
Simone Wack
- FS III 98-104 Konjunkturen der NS-Bewegung. Eine Untersuchung der Veranstaltungsaktivitäten der Münchener NSDAP, 1925-1930
Helmut K. Anheier, Friedhelm Neidhardt und Wolfgang Vorkamp
- FS III 98-105 Challenging the Liberal Nation-State? Postnationalism, Multiculturalism, and the Collective Claims-Making of Migrants and Ethnic Minorities in Britain and Germany
Ruud Koopmans and Paul Statham
- FS III 98-106 Die Stimme der Medien im politischen Prozeß – Themen und Meinungen in Pressekommentaren
Friedhelm Neidhardt, Christiane Eilders und Barbara Pfetsch
- FS III 98-107 Methodenbericht zum Projekt: Die Stimme der Medien im politischen Prozeß – Themen und Meinungen in Pressekommentaren
Christiane Eilders und Albrecht Lüter
- FS III 99-101 Government News Management - Strategic Communication in Comparative Perspective
Barbara Pfetsch
- FS III 99-102 (Re)constructing Community in Berlin; Of Jews, Turks and German Responsibility
Jonathan Laurence
- FS III 99-103 "In Russia we were Germans, and now we are Russians." - Dilemmas of Identity Formation and Communication among German-Russian Aussiedler
Barbara Pfetsch

Abteilung 2 "Institutionen und sozialer Wandel"

- FS III 91-201 Ein analytisches Schema zur Klassifikation von Politikgehalten.
Edeltraud Roller
- FS III 93-202 Eine Metatheorie des demokratischen Prozesses.
Dieter Fuchs
- FS III 93-203 A Metatheory of the Democratic Process.
Dieter Fuchs
- FS III 93-205 Mass Media: Political Independence of Press and Broadcasting Systems.
Katrin Voltmer
- FS III 94-201 Democratic Transformation and the Prerequisites of Democratic Opposition in East and Central Europe.
Bernhard Wessels und Hans-Dieter Klingemann
- FS III 94-202 Cultural Conditions of the Transformation to Liberal Democracies in Central and Eastern Europe.
Dieter Fuchs und Edeltraud Roller
- FS III 94-206 The Evolution of Western Foreign Aid Programs.
Thomas R. Cusack und Joyce P. Kaufman
- FS III 96-201 Political Science: The Discipline.
Robert E. Goodin und Hans-Dieter Klingemann

- FS III 96-202 Contexts of Political Protest in Western Democracies: Political Organization and Modernity.
Edeltraud Roller und Bernhard Wessels
- FS III 96-203 Problemreich und konfliktgeladen: Lokale Demokratie in Deutschland fünf Jahre nach der Vereinigung.
Thomas R. Cusack und Bernhard Weßels
- FS III 96-204 Social Alliances and Coalitions: The Organizational Underpinnings of Democracy in West Germany.
Bernhard Wessels
- FS III 96-205 Abbau des Sozialstaats. Einstellungen der Bundesbürger zu Kürzungen von Sozialleistungen in den neunziger Jahren.
Edeltraud Roller
- FS III 96-206 System Characteristics Matter: Empirical Evidence from Ten Representation Studies.
Bernhard Wessels
- FS III 96-207 Wohin geht der Wandel der demokratischen Institutionen in Deutschland? Die Entwicklung der Demokratievorstellungen der Deutschen seit ihrer Vereinigung.
Dieter Fuchs
- FS III 96-208 Legislative Recruitment in Germany: Professionalization or Political Class?
Bernhard Wessels
- FS III 97-201 Social Capital, Institutional Structures, and Democratic Performance: A Comparative Study of German Local Governments.
Thomas R. Cusack
- FS III 97-202 The Electoral Process in the Unified Germany.
Dieter Fuchs und Robert Rohrschneider
- FS III 97-203 Kriterien demokratischer Performanz in Liberalen Demokratien
Dieter Fuchs
- FS III 98-201 Vom Konsens zum Dissens? Politische Ordnungspräferenzen von Eliten und Bürgern im ost-westdeutschen Vergleich.
Christian Welzel
- FS III 98-202 Mapping Political Support in the 1990s: A Global Analysis.
Hans-Dieter Klingemann
- FS III 98-203 Remembering the Bad Old Days: Human Rights, Economic Conditions, and Democratic Performance in Transitional Regimes.
Hans-Dieter Klingemann and Richard I. Hofferbert
- FS III 98-204 The Political Culture of Unified Germany
Dieter Fuchs
- FS III 99-201 Näherung oder Richtung? Der Theorienstreit der Wahlforschung aus der Sicht politischer Repräsentation.
Christian Welzel und Thomas R. Cusack
- FS III 99-202 Analyzing Democratic Change and Stability: A Human Development Theory of Democracy.
Christian Welzel and Ronald Inglehart
- FS III 99-203 Soziale Integration und politische Institutionen in modernen Gesellschaften.
Dieter Fuchs
- FS III 99-204 Die demokratische Gemeinschaft in den USA und in Deutschland.
Dieter Fuchs

FS III 99-205 Political Consequences of Germany's Mixed-Member System: Personalization at the Grass-Roots?
Hans-Dieter Klingemann and Bernhard Wessels

Abteilung 3 "Sozialstruktur und Sozialberichterstattung"

FS III 95-401 Wie Migranten leben. Lebensbedingungen und soziale Lage der ausländischen Bevölkerung in der Bundesrepublik.
hrsg. von Wolfgang Seifert

FS III 95-402 Familie und Erwerbsarbeit in der Bundesrepublik. Rückblick, Stand der Forschung und Design einer Lebensformtypologie.
Karin Schulze Buschoff

FS III 95-403 Erwerbsverläufe in Ostdeutschland. Einflüsse und Folgen.
Horst Berger, Thomas Bulmahn und Wilhelm Hinrichs

FS III 95-404 Sozialberichterstattung in und für Deutschland - ein Ziel, zwei Wege? Dokumentation einer Arbeitstagung zu „Sozialreport 1994“ - „Datenreport 1994“.
hrsg. von Roland Habich, Wolfgang Zapf und Gunnar Winkler

FS III 95-406 Developments in Satisfaction Research.
Ruut Veenhoven

FS III 95-408 Ökologisierung von Lebensstilen. Argumente, Beispiele, Einflußgrößen.
Katrin Gillwald

FS III 96-401 Mobilität zur sozialen Teilhabe Älterer.
Heidrun Mollenkopf und Pia Flaschenträger

FS III 96-402 Lebenszufriedenheit im europäischen Vergleich.
Ingeborg Weller

FS III 96-403 Vereinigungsbilanzen. Die deutsche Einheit im Spiegel der Sozialwissenschaften.
Thomas Bulmahn

FS III 96-404 Happy Life-Expectancy. A comprehensive measure of quality-of-life in nations.
Ruut Veenhoven

FS III 96-405 Response Style und Response Set. Eine Längsschnittuntersuchung zu den Zufriedenheits- und Einstellungsfragen im Sozio-ökonomischen Panel.
Jörg-Peter Schräpler

FS III 96-406 Rethinking Modernization: Legacies of Parsons and Hilbert.
Edward A. Tiryakian

FS III 96-407 Wohnortwechsel zwischen den Bundesländern im Kontext der Vereinigung.
Wilhelm Hinrichs

FS III 97 - 401 Ungleichheits- und Gerechtigkeitsorientierungen in modernen Wohlfahrtsstaaten. Ein Vergleich der Länder Schweden, Großbritannien und der Bundesrepublik Deutschland
Steffen Mau

FS III 97 - 402 Die Sozialstruktur der DDR. Versuch einer Rekonstruktion auf der Basis einer 1987 durchgeführten soziologischen Untersuchung
Siegfried Grundmann

FS III 97 - 403 Lebensstile und Wohnverhältnisse
Annette Spellerberg

FS III 97 - 404 Wohnmobilität und Wohnverhältnisse in West- und Ostdeutschland
Nicole Schneider

- FS III 97 - 405 Privathaushalte und Haushalten in Ostdeutschland
Annett Schultz
- FS III 97 - 406 Ein Fall von Car Sharing: Umweltentlastung durch soziale Innovation
Katrin Gillwald
- FS III 97 - 407 Soziologische Forschung in der DDR. Einige Aspekte der Arbeit des Wissenschaftlichen Rates
Rudi Weidig
- FS III 97 - 408 Sozialindikatorenforschung in der DDR. Wissenschaftstheoretische, forschungsorganisatorische und institutionelle Aspekte
Horst Berger
- FS III 97 - 409 Wohnbedingungen und ihre subjektive Wahrnehmung in Ostdeutschland 1990-97
Wilhelm Hinrichs
- FS III 97 - 410 Arbeitszeiten - Wunsch und Wirklichkeit in Ost- und Westdeutschland
Karin Schulze Buschoff
- FS III 97 - 411 Ein Suchen und Sichfinden im Gestern und Heute. Verändern die Ostdeutschen ihre Einstellungen und Haltungen zur Demokratie und gesellschaftlichen Mitwirkung?
Eckhard Priller
- FS III 98 - 401 Inequality and Support for Redistributive Policy: One World of Post-Communism, Two Worlds of Western Capitalism?
Jan Delhey
- FS III 98 - 402 Über die Möglichkeit einer kontinuierlichen und zügigen Fortsetzung des chinesischen Modernisierungsprozesses
Li Pengcheng
- FS III 98 - 403 Lebensstile im Zeitvergleich: Typologien für West- und Ostdeutschland 1993 und 1996
Annette Spellerberg und Regina Berger Schmitt
- FS III 98 - 404 Teilzeitbeschäftigte in Europa. Arbeitsbedingungen, Familienkontext, Motive und subjektive Bewertungen
Karin Schulze Buschoff und Jana Rückert
- FS III 98 - 405 Das Erwerbsverhalten von Frauen im europäischen Vergleich. Welche Faktoren beeinflussen Arbeitszeiten und Arbeitszeitwünsche?
Karin Schulze Buschoff, Inge Weller und Jana Rückert
- FS III 98 - 406 Rette sich, wer kann? Die Krise der gesetzlichen Rentenversicherung und die Privatisierung der Altersvorsorge
Thomas Bulmahn
- FS III 98 - 407 Taking Stock: German Unification as Reflected in the Social Sciences
Thomas Bulmahn
- FS III 99 - 401 Wohnsuburbanisierung am Beispiel Berlin. Ein Erklärungsrahmen
Wilhelm Hinrichs
- FS III 99 - 402 Income Dynamics in Three Societies. An investigation of social dynamics using „old“ and „new“ types of social indicators
Zsolt Spéder, Roland Habich
- FS III 99 - 403 Inequality and Attitudes. Postcommunism, Western Capitalism and Beyond
Jan Delhey
- FS III 99 - 404 Social Reporting in the 1970s and 1990s
Wolfgang Zapf

- FS III 99 - 405 New Structures of Inequality. Some Trends of Social Change in Modernized Societies
Heinz-Herbert Noll
- FS III 99 - 406 Teilzeitarbeit in Schweden, Großbritannien und Deutschland. Individuelle Dynamik und
Haushaltskontext im Ländervergleich
Karin Schulze Buschoff unter Mitarbeit von Jana Rückert-John
- FS III 99 - 407 Komparative und nicht-komperative Ansätze zur Analyse der Europäisierung der
Sozialstrukturen
Bernhard Schäfers
- FS III 99 - 408 Lebensstandard und Armut im vereinten Deutschland
Petra Böhnke, Jan Delhey
- FS III 99 - 409 Entwicklung der Wohnverhältnisse in Ost- und Westdeutschland
Wilhelm Hinrichs
- FS III 99 - 410 Demokratieentwicklung und Mitwirkung in Ostdeutschland
Eckhard Priller
- FS III 99 – 411 Attribute einer lebenswerten Gesellschaft: Freiheit, Wohlstand, Sicherheit und
Gerechtigkeit
Thomas Bulmahn

Bitte die nächste Seite beachten!
See the following page, please!

Die Arbeitspapiere können bestellt werden/The discussion papers can be ordered:

Wissenschaftszentrum Berlin für
Sozialforschung (WZB)
Pressestelle
Reichpietschufer 50
D-10785 Berlin

Bestellungen von Arbeitspapieren: Briefmarken erbeten

Wir erbitten von allen Bestellern, die Arbeitspapiere vom WZB anfordern, eine **1 DM-Briefmarke pro Papier** als pauschalen Beitrag zu den anfallenden Versandkosten. Besteller aus dem **Ausland** werden gebeten, für jedes bestellte Arbeitspapier einen "Coupon-Réponse International" (internationalen Antwortschein), der auf Postämtern erhältlich ist, beizufügen.

Aus diesem Grund ist es auch nicht mehr möglich, Bestellungen von Arbeitspapier per Telefon oder Fax an das WZB zu richten. Schicken Sie Ihre Bestellungen nur noch schriftlich an die WZB-Pressestelle, und legen Sie neben der entsprechenden Anzahl von Briefmarken weiterhin einen mit Ihrer eigenen Adresse versehenen **Aufkleber** bei.

Die in letzter Zeit erheblich gestiegene Anzahl von Bestellungen sowie die Mittelkürzungen, die öffentlich finanzierten Institutionen - wie auch dem WZB - auferlegt wurden, machen diese Maßnahme unumgänglich. Wir bitten um Verständnis und darum, unbedingt wie beschrieben zu verfahren.

Stamps for Papers

We ask for a 1 DM-postage stamp per paper from all those who wish to order WZB-papers and who live in Germany. These stamps contribute to the shipment costs incurred. All persons interested in WZB-papers from abroad are kindly requested to send one "Coupon-Réponse International" (international reply coupon) for each ordered paper. The coupons can be obtained at your local post office.

The reasons for these measures are the high increase in the number of ordered papers during the last months as well as the cut in funds imposed on publicly financed institutions like the WZB. We do ask for your understanding and hope that you will comply with the above mentioned procedure.

